

Wissenschaftliche Hausarbeit für das Lehramt an Gymnasien, eingereicht der Prüfungsstelle Darmstadt des Landesschulamtes

Thema:

Euphemismen in der politischen Sprache

Eine Untersuchung ihrer Verwendung und der Übernahme durch die Presse, sowie
ihrer öffentlichen Wahrnehmung.

Technische Universität Darmstadt
Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften
Institut für Sprach- und Literaturwissenschaft
Fachgebiet: Deutsch

Vorgelegt von

Christian Götzinger

Erbacher Str. 28a

64380 Roßdorf

E-Mail: c.goetzing89@gmail.com

Matrikelnummer: 1558027

Juli 2013

Erstgutachterin: Prof. Dr. Nina Janich
Zweitgutachterin: Prof. Dr. Britta Hufeisen

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Politische Sprache	3
2.1. Definition	3
2.2. Eigenschaften externer politischer Sprache.....	6
3. Euphemismen	8
3.1. Definition	8
3.2. Funktionen des Euphemismus	11
3.3. Sprachliche Realisation des Euphemismus	13
3.4. Abgrenzung zu Euphemismen der <i>Political Correctness</i>	19
3.5. Euphemismen in der Politik	20
4. Öffentliche Kommunikation und Wahrnehmung von Euphemismen	23
4.1. Methodik	24
4.2. Themenfelder.....	27
4.2.1. Arbeitswelt und Wirtschaft.....	28
4.2.2. Innenpolitik	29
4.2.2.1. Gefahrenabwehr im Inneren.....	30
4.2.2.2. Finanzpolitik	31
4.2.2.3. Flughafenausbau und Nachtflugverbot.....	32
4.2.2.4. Energiepolitik.....	33
4.2.2.5. Einwanderungspolitik	34
4.2.3. Außen- bzw. Verteidigungspolitik.....	35
4.3. Akteure und Medien	36
4.4. Schlussfolgerung für die weitere Analyse	37

5. Euphemismen in der politischen Sprache am Beispiel der Verteidigungspolitik.....	39
5.1. Forschungskorpus	39
5.2. Euphemismen zur Legitimierung des Afghanistan-Krieges	41
5.3. Die Vermeidung des Kriegsbegriffes aus juristischen Gründen	46
6. Spiegelung politischer Euphemismen in der Presse	48
6.1. Forschungskorpus.....	48
6.2. Journalistischer Umgang mit Euphemismen zum Afghanistan-Krieg	52
7. Fazit und Ausblick	56
8. Literaturverzeichnis	59
8.1. Primärquellen	59
8.2. Forschungsliteratur.....	64
9. Eidesstattliche Versicherung.....	68

1. Einleitung

Mit Hilfe von Sprache können wir anderen Menschen Sachverhalte beschreiben, sie bewerten oder gar in ihrem eigentlichen Wesen verändern, indem wir Eigenschaften von ihnen verschleiern und andere hervorheben. Das beschriebene Objekt verändert sich durch die gewählte Sprache, also der Wortwahl, nicht. Trotz allem kann der Eindruck, den der Rezipient vom beschriebenen Sachverhalt erhält, durch die Sprachwahl des Sprechers signifikant beeinflusst werden. Dies lässt sich nicht nur durch die Verwendung von offensichtlich subjektiven Adjektiven erreichen, sondern auch vermeintlich objektive Wörter, Wortbildungen oder Satzgefüge können einen Sachverhalt in gewissem Maße passend beschreiben, aber ihn dabei in ein gänzlich anderes Licht rücken – sowohl im positiven als auch im negativen Sinne.

In der vorliegenden Arbeit werden die beschönigenden und positivierenden sprachlichen Ausdrücke, die *Euphemismen*, genauer untersucht werden. Während sich viele solcher Euphemismen bereits unbemerkt im alltäglichen Sprachgebrauch etabliert haben, tauchen immer wieder neue auf, die sich mal mehr und mal weniger leicht als solche identifizieren lassen. So sind Euphemismen beispielsweise häufig in der Werbung zu finden, um jegliche Hervorrufung negativer Gefühle beim Ansehen einer Produktwerbung zu vermeiden. So entstand auf diesem Wege sogar erst die heute gängige Bezeichnung *Werbung*, da die Branche zu Beginn des 20. Jahrhunderts vermehrt vom negativ besetzten Ursprungswort *Reklame* Abstand nahm (vgl. von Polenz 1999: 91f). Somit war die Bezeichnung *Werbung* einst ein Euphemismus, wenngleich sie heute nicht mehr als solcher angesehen wird¹. Mittlerweile scheint die Anwendung von Euphemismen in der Werbebranche in den vergangenen Jahren stark abzunehmen, da sich Werbende immer öfter durch offensichtlich klar dargelegte Fakten hervorheben möchten. Euphemismen begegnen uns jedoch noch immer regelmäßig im alltäglichen Sprachgebrauch (vgl. Janich 2010: 198).

Den eindeutig größten Anwendungsbereich finden Euphemismen nach wie vor in der Politik bzw. der politischen Sprache. Politiker erfinden gegenüber der Öffentlichkeit immer wieder neue Bezeichnungen für negativ konnotierte Begriffe oder eindeutig negative Sachverhalte, welche von ihnen vertretene Ansichten oder gar konkrete

¹ Diesen Effekt bezeichnet Pinker als "Euphemismus-Tretmühle" (Pinker 2003: 299). Auf ihn wird in Kapitel 3.1 genauer eingegangen.

Gesetzesvorlagen mit sich bringen. So werden aus unschuldigen zivilen Todesopfern *Kollateralschäden* oder aus Kriegen vermeintlich harmlose *Stabilisierungseinsätze*.

Diese Arbeit wird die Verwendung von solchen Euphemismen in der politischen Sprache genauer untersuchen. Dabei soll herausgearbeitet werden, wann und von wem Euphemismen in der politischen Sprache besonders oft verwendet werden und wie deren Wahrnehmung innerhalb der Bevölkerung ist. Um dies zu erreichen werden hier im Vergleich zu bisherigen Arbeiten über Euphemismen keine Themenfelder generell untersucht, sondern gezielt diese bearbeitet, in welchen die meisten Euphemismen als solche identifiziert und angeprangert werden. Hierfür soll zunächst im zweiten Kapitel die politische Sprache allgemein betrachtet werden und eine Begriffsbestimmung dieser erfolgen, woraufhin dann im dritten Kapitel eine genauere Untersuchung des Euphemismus als sprachlichem Phänomen erfolgt. In diesem dritten Kapitel werden zudem auf Grundlage der vorgestellten Forschungsbeiträge erste theoretische Überlegungen zur speziellen Form der politischen Euphemismen angestellt und erläutert, wieso diese Arbeit die folgenden Thesen formuliert:

Hauptthese: Politische Akteure sind sich der euphemistischen Wirkung ihrer gewählten Bezeichnungen bewusst. Sie verwenden diese gezielt zur Irreführung der Öffentlichkeit über gegebene Tatsachen, um sich selbst und die eigenen Gruppe – also Partei, Regierung und/oder Ressort – in ein besseres Licht zu rücken und somit den Machterhalt, in Form einer erneuten Wiederwahl, zu sichern.

Nebenthese: Euphemismen werden in der politischen Sprache fast ausschließlich von Mitgliedern der aktuellen Regierung verwendet, da diese auf die Notwendigkeit, Finanzierbarkeit und Durchführbarkeit ihrer politischen Aktionen achten müssen und somit nicht immer den Wünschen der Bevölkerung entsprechen, weshalb sie ihr Entscheidungen mithilfe von Euphemismen gegenüber der Öffentlichkeit zu legitimieren versuchen.

Vor der Überprüfung dieser Thesen wird zunächst im vierten Kapitel untersucht werden, welche Themenfelder einen großen Anteil an Euphemismen aufweisen, die

von der öffentlichen Wahrnehmung kritisierend als solche wahrgenommen werden. Die Ergebnisse werden dann gleichzeitig zu der Beantwortung der Nebenthese beitragen und bei der weiteren Vorgehensweise und Wahl des Themenfeldes zur exemplarischen Untersuchung der Hauptthese helfen, welche im fünften Kapitel erfolgen wird. Das sechste Kapitel stellt den dritten und letzten Untersuchungsteil dieser Arbeit dar. In diesem soll die Rolle der Medien bei der Verbreitung von Euphemismen untersucht werden, zu der im Verlaufe der Arbeit erste Überlegungen angestellt werden. Im abschließenden siebten Kapitel erfolgt dann eine grobe Zusammenfassung und ein Fazit der einzelnen Untersuchungsschritte dieser Arbeit, sowie ein Ausblick auf weitere Forschungsmöglichkeiten.

2. Politische Sprache

In diesem Kapitel sollen generelle Eigenschaften politischer Sprache als Sonderform von Sprache herausgearbeitet werden. Aufgrund ihrer Vielseitigkeit kann im Rahmen dieser Arbeit nur ein Einblick in die Thematik erfolgen, weshalb das vorliegende Kapitel keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Zu Beginn erfolgt der Versuch einer Definition durch die Verknüpfung unterschiedlicher Forschungsansätze der Politikwissenschaft und des sprachwissenschaftlichen Forschungsbereiches der Politolinguistik, welcher sich vor allem seit dem Ende des Dritten Reiches mit den Auswirkungen von Sprache in der Politik beschäftigt.

2.1. Definition

Um definieren zu können, was politische Sprache ist, muss zunächst geklärt werden, was man unter dem Begriff *Politik* versteht. Ein besonderes Problem ergibt sich hierbei aus der Mehrdeutigkeit des Begriffes in der deutschen Sprache, da gleich mehrere - zwar ähnliche, aber doch unterschiedliche - Sachverhalte darunter verstanden werden, für welche beispielsweise in der englischen Sprache jeweils eigene Lexeme existieren. So können wir, wenn wir von Politik sprechen, damit die

politischen Strukturen (Polity²) - beispielsweise Gesetze oder Institutionen - meinen, die politische (Entscheidungs-) Prozesse (Politics) in Gang setzen, welche wiederum zu politischen Ergebnissen in Form von Inhalten (Policy) führen (vgl. Pilz/Ortwein 2008: 4).

Damit wird auch die genaue Bestimmung des daraus abgeleiteten Adjektivs erschwert. Wie bei Polysemen üblich, existieren in der Wissenschaft viele Definitionen für das Wort *Politik*, welche versuchen, die Vielseitigkeit des Begriffes in einem kurzen und prägnanten Satz zu beschreiben. Diese unterscheiden sich in ihrem Kern allerdings meist nur unwesentlich voneinander und sind in ihren genaueren Differenzierungen für diese sprachwissenschaftliche Arbeit nicht relevant. Eine in der Politikwissenschaft weit verbreitete Definition von Patzelt bezeichnet Politik als "jenes menschliche Handeln, das auf die Herstellung allgemein verbindlicher Regelungen und Entscheidungen (d.h. von ‚allgemeiner Verbindlichkeit‘) in und zwischen Gruppen von Menschen abzielt", und ist damit vergleichsweise weit umfassend (Patzelt 2003: 23). Sie macht deutlich, dass Politik nicht nur die offensichtlichen politischen Akteure eines Staates miteinschließt, wie zum Beispiel die Regierung oder das Parlament, sondern auch Gruppierungen wie NGOs darauf Einfluss nehmen und damit politisch agieren. Dies ist wichtig für die Definition von politischer Sprache, da verdeutlicht wird, dass sie nicht ausschließlich auf diese Hauptakteure beschränkt ist, wenngleich das Hauptaugenmerk auf ihnen liegen mag.

Es existieren allerdings auch – in der Politikwissenschaft vergleichsweise weniger weit verbreitete – Definitionen des Politikbegriffes, welche den kommunikativen Aspekt von politischem Handeln in den Vordergrund rücken und daher den Charakter von politischer Sprache als solche in ihrem Kern bereits sehr gut zu treffen scheinen. So schreibt Strauß:

Vielmehr sehen wir Politik als in sich differenzierten Großbereich der Kommunikation, in dem über Angelegenheiten öffentlichen Interesses gehandelt wird, in dem Meinungen gefaßt werden und Prozesse ablaufen, die der Herstellung und Durchsetzung verbindlicher oder auch umstrittener gesellschaftlicher Entscheidungen dienen. (Strauß 1989: 29)

² Übernommen aus dem Englischen werden die unterschiedlichen Dimensionen des Politikbegriffes in der Politikwissenschaft einheitlich als Polity (politische Strukturen), Politics (politische Prozesse) und Policy (politische Inhalte) bezeichnet (vgl. Pilz/Ortwein 2008: 4).

Seine Definition ähnelt somit der von Patzelt, integriert aber die Kommunikation als Hauptmerkmal und mit der Durchsetzung ein zusätzliches wichtiges Element der Politik. Denn die Durchsetzung von politischen Zielen ist es, welche mit Hilfe der Kommunikation erreicht wird, und die den in der Politik so entscheidenden Machtgewinn ermöglicht. Doch deckt die Kommunikation der politischen Akteure mit der Öffentlichkeit tatsächlich die politische Sprache komplett ab? Handelt es sich um eine politische Sprache als eigene Sprachform oder um eine Sprache, die über Politisches spricht? Burkhardt verbindet beide Möglichkeiten in seiner Definition von politischer Sprache, welcher hier gefolgt wird:

Politische Sprache ist entweder das politikbezogene Sprechen der Bürger bzw. die politische Mediensprache der Journalisten, oder sie ist Politiksprache, die – je nach Adressatenbezug – in die politikinterne Sprache in der Politik und die nach außen ans Staatsvolk gerichtete Politikersprache unterschieden werden kann. (Burkhardt 1998: 98f)

Beim Sichten politolinguistischer Arbeiten zeigt sich schnell, dass diese Einteilung von politischer Sprache in mindestens zwei Kategorien weit verbreitet ist. So wird sie, wie von Burkhardt, unter teils leicht unterschiedlichen Bezeichnungen in eine Form der Sprache unterteilt, wie sie unter den politischen Akteuren verwendet wird – diese soll hier *interne politische Sprache* genannt werden – und in eine an die Öffentlichkeit gewandte – in dieser Arbeit fortan als *externe politische Sprache* bezeichnet (vgl. Burkhardt 1998: 98f). Die interne politische Sprache ist dabei als Fachsprache des Politischen bzw. eines politischen Fachbereiches anzusehen, die unter politischen Akteuren beispielsweise in geschlossenen Verhandlungen oder Prozessen verwendet wird, während die externe aufgrund ihrer benötigten Massenkompatibilität einen weitgehend alltäglichen und daher leicht verständlichen Sprachgebrauch verwendet.

Trotz der hier erfolgten generellen Zustimmung gegenüber der Definition politischer Sprache nach Burkhardt, dass politische Sprache nicht nur von politischen Akteuren ausgeht, wird im Rahmen dieser Arbeit unter politischer Sprache ausschließlich die externe Form von Politiksprache gemeint sein, also die, welche von Politikern in offizieller Form an die Öffentlichkeit gerichtet wird. Diese klare Einschränkung erfolgt, da dieser Typus politischer Sprache als solche mit der höchsten Relevanz für die Untersuchung von Euphemismen in politischer Sprache angesehen wird (siehe Kapitel 3.2).

2.2. Eigenschaften externer politischer Sprache

Aufgrund ihrer Komplexität und Heterogenität, welche nicht zuletzt auch durch die Vielzahl politischer Akteure gegeben ist, lassen sich die sortenspezifischen Merkmale und Kriterien von an die Öffentlichkeit gerichteter politischer Sprache nicht allumfassend bestimmen (vgl. Girnth/Spieß 2006: 8). Trotzdem lassen sich gewisse generelle Eigenschaften feststellen, die eine erfolgreiche – im Sinne der dadurch erreichten Ziele – politische Sprache aufweisen muss. So schreibt Burkhardt:

die nach außen gerichtete Politikersprache [*Anm.: dies wurde hier als externe politische Sprache bezeichnet*] [zielt] auf den Erwerb, die Ausübung und die Sicherung von Macht und ist durch den Gebrauch ideologischer Wortzeichen, d.h. durch Meinungssprache gekennzeichnet, die die Medien größtenteils reproduzieren (Burkhardt 1998: 99).

Damit bringt er drei für die politische Sprache entscheidende Elemente ins Spiel: Politische Sprache transportiert Meinungen, sie muss dem Machterwerb und Machterhalt dienen und damit rechnen, in den Medien reproduziert zu werden, also medienwirksam sein. Massenmedialität und Öffentlichkeit beeinflussen politische Sprache somit durch ihre bloße Anwesenheit, werden aber im gegenseitigen Wechselspiel ebenfalls von dieser geformt (vgl. Girnth/Spieß 2006: 9). In der politischen Sprache erfolgt die Wortwahl des Sprechers dementsprechend sehr sorgfältig, da durch sie über die Medien als Massenkommunikationsmittel "Zustimmungsbereitschaft" (Girnth/Spieß 2006: 9) bei der Öffentlichkeit generiert werden muss, um somit die persönlichen Ziele – mit dem länger- oder kurzfristigen Metaziel des Machtgewinnes – erreichen zu können. Politische Sprache muss demnach einen persuasiven Charakter besitzen und die Erwähnung eigener Misserfolge entweder vermeiden oder diese als möglichst positiv oder zumindest nicht negativ präsentieren. Doch durch welche Stilmittel wird dies erreicht?

Generell gibt es kaum ein rhetorisches Stilmittel um die Öffentlichkeit von der Qualität der eigenen Taten und der Unvermeidbarkeit eigener Fehlgriffe sowie den katastrophalen Fehlentscheidungen der politischen Konkurrenten zu überzeugen, welchem sich die politische Sprache nicht bedient. Eine große Rolle spielt dabei die Metapher. So stand beispielsweise der damalige Bundeskanzler Kohl beim CDU-Parteienspendenskandal in den 90er-Jahren "mit dem Rücken zur Wand" (Burkhardt

2003: 109), womit er ausdrücken wollte, dass er keine andere Wahl hatte als die illegalen Spenden anzunehmen, da man sich hinsichtlich der Wahlkampffinanzierung im Rückstand befand, und er somit seine Entscheidung als *alternativlos* – dieses Wort wird hier noch genauer vorgestellt werden – legitimiert (vgl. Burkhardt 2003: 109). Wissend, eine Straftat begangen zu haben, wird mit dieser Metapher somit nicht nur versucht, die eigene Tat in ein besseres Licht zu rücken, sondern gleichzeitig auch der politische Konkurrent indirekt für diese verantwortlich gemacht (vgl. Burkhardt 2003: 109). Kohl versetzt damit seine Partei von der Täterrolle – welche nun die gegnerische Partei angehängt bekommt – in die des Opfers und erreicht damit ohne jegliche Beweise allein durch gut überlegten Einsatz von Sprache einen doppelten positiven Effekt für die eigene Position in der Öffentlichkeit. Beispiele für ähnliche Metaphern lassen sich in so gut wie jeder öffentlichen Ansprache von Politikern finden. So ergeben sich im Laufe größerer politischer Debatten immer eine oder mehrere zentrale Metaphern, die meist jedoch nicht besonders originell, sondern in der Alltagssprache zur leichteren Anknüpfung durch die Öffentlichkeit bereits gebräuchlich sind und "durch häufigen Gebrauch zu Schlagwörtern werden können" (Burkhardt 1998: 107).

Ein Schlagwort ist ein ebenfalls weit verbreitetes Stilmittel politischer Sprache und kann im politischen Sprachgebrauch wörtlich übersetzt als "Wort mit dem man schlägt, das man im Wortgefecht anwendet" (Burkhardt 1998: 100) verstanden werden. Der Duden spricht unter anderem von einem "politische[n] Begriff, den [jemand] meist unreflektiert gebraucht" (Duden: 1465, Stichwort: Schlagwort). Auf die von Politikern ausgehende und an die Öffentlichkeit gerichtete (also externe) politische Sprache trifft dies vermutlich nur bedingt zu, denn sie verwenden Schlagwörter bewusst zum Zwecke der Profilierung. Sie werden somit sehr bewusst – also reflektiert – verwendet, zielen aber auf die Tatsache ab, dass sie vom Adressaten meist nicht reflektiert werden. So stellt das zuvor bereits erwähnte Wort *alternativlos* eines der beliebtesten Schlagwörter der letzten Jahre im politischen Sprachgebrauch dar, welches aufgrund seiner – in der politischen Sprache gebräuchlichen – unangemessenen Verwendung zum *Unwort des Jahres* 2011 gewählt wurde³. Mit ihm umgehen Politiker eine Begründung ihrer Entscheidungen, was im schlimmsten Falle dazu führt, dass die Öffentlichkeit diese nicht in Frage stellt und daher nicht auf ihre Alternativen – die ja angeblich nicht vorhanden sind –

³ Quelle: Homepage der Aktion „Unwort des Jahres“. Abrufbar unter: <http://www.unwortdesjahres.net/index.php?id=35> [Stand: 01.07.2013].

überprüft, welche vielleicht bessere Ergebnisse geliefert und damit den Entscheidenden diskreditiert hätten. Beim Adressanten wird damit eine Illusion von begründeter Legitimität erzeugt. Längerfristig bestehende Schlagwörter werden auch als Symbolwörter bezeichnet und "beziehen sich auf in einer Gesellschaft gängige und weithin anerkannte Werthaltungen und Überzeugungen" (Spieß 2011: 202). Beispiele für Symbolwörter sind "Solidarität, Freiheit, Menschenwürde oder Gerechtigkeit" (Spieß 2011: 202). In der politischen Sprache werden sie – oftmals ohne direkten Bezug zum aktuellen Sachverhalt – eingebaut, um eine gewisse Form der unbewussten Zustimmung beim Rezipienten zu erzeugen. Symbolwörter werden somit in der politischen Sprache oft genutzt, um Sachverhalte positiver darzustellen als sie es eigentlich sind. Man spricht dann von einem *euphemistischen Effekt*, womit das Symbolwort gleichzeitig zu einem Euphemismus geworden ist. Der Euphemismus kann jedoch auch auf andere Arten gebildet werden (siehe Kapitel 3.3), was ihn zu einem schwer zu identifizierenden sprachlichen Phänomen und damit wichtigem Mittel des öffentlichen politischen Sprachgebrauches macht. So stellt er nach Burkhardt bereits seit der Antike "eines der wichtigsten persuasiven Instrumente der Politikersprache" (Burkhardt 2004: 13) dar.

3. Euphemismen

In diesem Kapitel soll zunächst eine grundlegende Begriffsbestimmung des Euphemismus anhand der Forschungsliteratur erfolgen (3.1). Im Anschluss sollen seine Funktionen (3.2) und Bildungsweisen (3.3) genauer untersucht werden, um abschließend eine genauere Eingrenzung (3.4) und Beschreibung seiner Bedeutung für die politische Sprache vorzunehmen (3.5). Dieses Kapitel stellt somit die erste theoretische Vorarbeit zur praktischen Untersuchung des Euphemismus in der politischen Sprache in den darauffolgenden Kapiteln dar.

3.1. Definition

Bei dem Begriff *Euphemismus* handelt es sich um eine Entlehnung aus dem Griechischen, in dem *euphemeîn* so viel bedeutet wie "Ersatz unheilträchtiger Wörter

durch wohltonende“ (Kluge 2002: 262, Stichwort: Euphemismus), welches sich wiederum von den griechischen Begriffen für *gut eú* und *Rede phéme* ableiten lässt (vgl. Kluge 2002: 262, Stichwort: Euphemismus).

Burkhardt beschreibt Euphemismen in seiner Arbeit über politische Sprache

als lexikalische oder syntaktische Formen des Beschönigens zu bestimmen, als einkalkulierte Ungenauigkeiten, deren manipulativer Sinn darin liegt, beim Adressaten unliebsame Assoziationen zu unterdrücken oder durch positive zu ersetzen. (Burkhardt 1998: 109)

Es handelt sich bei einem Euphemismus also um ein bewusst angewendetes Stilmittel mit "manipulative[m] Sinn" (Burkhardt 1998: 109), welches die mit einer Bezeichnung transportierten Assoziationen unterdrückt oder verändert und damit die Gefühle des Adressaten gegenüber diesem positiviert oder zumindest die negativen neutralisiert. Dabei ist er nicht auf einzelne Wörter beschränkt, sondern kann auch durch mehrwortige Konstruktionen oder gar komplette Sätze gebildet werden (für die Bildungsweisen siehe Kapitel 3.3).

Zum Verständnis, was als Euphemismus bzw. euphemistisch verstanden werden kann, hat Leinfellner eine geeignete Definition verfasst, welche dafür auf die von Burkhardt genannten Charakteristiken verzichtet:

Demnach rechnen wir unter den Euphemismus euphemistische Sätze, Terme, Prädikate und Individuenausdrücke. Das Vorkommen eines euphemistischen Terms (= Prädikates oder Individuenausdruckes) macht aus einem Satz einen euphemistischen. (Leinfellner 1971: 18)

Sobald ein Satz mit Hilfe von nicht oder zumindest weniger negativ konnotierter Wörter und mit der Absicht, negative Sachverhalte damit zu beschönigen, gebildet worden ist, spricht man von einem *syntaktischen Euphemismus* (vgl. Burkhardt 1998: 110). Dieser zeichnet sich dadurch aus, dass die euphemistische Wirkung kaum auf eine bestimmte Einheit im Satz eingegrenzt werden kann, wie es beim lexikalischen Euphemismus der Fall ist.

Eine eindeutige Definition des Begriffes *Euphemismus* lässt sich jedoch aus der Fülle an Forschungsliteratur kaum herausarbeiten. Dieser Umstand kann auf die Vielfältigkeit dieses sprachlichen Phänomens zurückgeführt werden, welche eine eindeutige und für alle Euphemismen gültige Definition äußerst schwierig macht. So schreibt Luchtenberg im Anschluss an ihre Analyse des Forschungsstandes: "Tabu und Euphemismus entziehen sich einer klaren Definitionsbestimmung, da sie gesellschaftlich bedingt sind in ihrer Entstehung und Bedeutung" (Luchtenberg 1985:

13). Generell lässt sich die Begegnung mit dem von Luchtenberg ebenfalls erwähnten *Tabu*-Begriff bei einer umfangreichen Auseinandersetzung mit dem Euphemismus kaum vermeiden, denn zahlreiche Euphemismen entstanden erst durch die gezielte Ersetzung bestimmter tabuisierter Wörter. Als *Tabu* kann all das bezeichnet werden, "was aus Scham, Takt, Angst oder Pietät gesellschaftlich verpönt wird" (Havryliv 2009: 151), sprich aus gesellschaftlichen Gründen in Sprache vermieden werden sollte. Es werden daher immer wieder neue Bezeichnungen für tabuisierte aber auch andere unliebsame Sachverhalte verwendet, um die vorherigen belasteten durch noch unbelastete abzulösen. Mit einer neuen, dann euphemistisch wirkenden Bezeichnung, kann eine positivere Bedeutung vermittelt werden, obwohl das gleiche Denotat damit bezeichnet wird. Jedoch wird die neue Bezeichnung diese positive Konnotation in der Regel nicht lange innehaben, weil sie nach einer Weile durch den häufigen Gebrauch die negativen Eigenschaften ihrer Ursprungsbezeichnung übernehmen wird. Letztendlich wird der euphemistische Effekt schwinden und eine neue Bezeichnung von Nöten sein, um die negativen Assoziationen mit dem Begriff erneut zu vermeiden. Dies bedeutet, dass ein Euphemismus in der Regel über eine Art Verfallsdatum verfügt, wodurch er bei dessen Überschreitung seine Funktion als Euphemismus verliert. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass er sogar zu einem neuen Tabu für das wird, was er ursprünglich beschönigend umschrieben hat. Für diesen Effekt fand Pinker, ein amerikanisch-kanadischer Psychologe, der sich umfassend mit der Kognition von Sprache befasst, mit dem Begriff der "Euphemismus-Tretmühle" (vgl. Pinker 2003: 299) eine treffende Bezeichnung. In der Sprachwissenschaft bezeichnet man die sich dadurch mit der Zeit verschlechternde Wortkonnotation als *Pejorisierung* (vgl. Rada 2001: 89). Dies kann bis hin zur Umwandlung des ursprünglichen Euphemismus in seinen gegenteiligen Part, den *Dysphemismus*, führen, welcher etwas schlechter darstellt als es in Wirklichkeit ist (vgl. Rada 2001: 89).

Bei der Definition des Euphemismus ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass Lexeme, die auf euphemistische Weise verwendet wurden, nicht bei jeder Verwendung Euphemismen sein müssen. Sie können stets nur im aktuellen Kontext als solche identifiziert werden. Sobald sie etwas in ihrem tatsächlichen, unbeschönigten Wesen beschreiben, handelt es sich nicht mehr um Euphemismen. Zum Beispiel kann man mit dem Lexem *blau (sein)* eine *betrunkene Person* beschreiben, wobei es sich in diesem Falle um einen Euphemismus handeln würde.

Gleichzeitig kann etwas farblich *blau* sein. Dabei handelt es sich dann nicht mehr um einen Euphemismus, da das Lexem in seiner ursprünglichen Bedeutung verwendet wird und keinen Sachverhalt beschönigt. Während dieses Beispiel noch leicht als Euphemismus zu entlarven ist, wird die Identifizierung eines Euphemismus schwieriger, wenn er beispielsweise als Form der Untertreibung verwendet wird. Dann ist eine gewisse Sachkenntnis erforderlich, um beurteilen zu können, ob eine Bezeichnung das Denotat angemessen bezeichnet oder ob es sich um eine Beschönigung und damit einen Euphemismus handelt. Um nahe am zuvor genannten Beispiel zu bleiben, könnte man eine Person als *angetrunken* bezeichnen und damit die Realität einer leicht betrunkenen Person korrekt abbilden. Wenn man damit allerdings als Anwalt den eigenen Mandanten bezeichnet, der mit 2,5 Promille Auto gefahren ist und damit einen Unfall mit tödlichem Ausgang verursacht hat, dann handelt es sich bei *angetrunken* um einen Euphemismus.

Sowohl für lexikalische als auch syntaktische Euphemismen gilt, dass sie nicht nur vom Kontext, sondern auch von der subjektiven Betrachtungsweise abhängen können. So kann ein Sachverhalt aus subjektiver Sicht für eine Person treffend durch ein Lexem oder eine syntaktische Einheit beschrieben sein, während es sich dabei für eine zweite Person um einen Euphemismus handelt – und das sogar obwohl beide über die gleichen Sachkenntnisse verfügen. Euphemismen können – dies trifft nur auf einen Teil von ihnen zu – also auch eine subjektive Komponente enthalten, welche sie trotz Sachkenntnis nicht für alle Adressaten als solche erscheinen lassen.

Ergänzend sei zu erwähnen, dass es sich bei Euphemismen um ein sprachen- und disziplinübergreifendes Phänomen handelt (vgl. Zöllner 1997). In dieser Arbeit der deutschen Sprachwissenschaft werden jedoch ausschließlich Euphemismen untersucht werden, welche im deutschen Sprachgebrauch auftreten, wenngleich sich bei der Forschungsliteratur auch auf solche anderer Sprachen bezogen wird.

3.2. Funktionen des Euphemismus

Bisher wurde geklärt, dass Euphemismen sowohl zur Manipulation als auch zur Vermeidung tabuisierter Wörter verwendet werden. Die genauen Gründe für die Entstehung und Verwendung von Euphemismen sind so vielfältig wie die Situationen, in denen sie Anwendung finden. Oftmals werden sie zur Schonung der

Psyche der Adressaten eingesetzt (vgl. Burkhardt 1998: 110). Sie ergeben sich stets aus dem sprachgeschichtlichen Hintergrund der Ursprungsbezeichnung, da diese vom Adressaten mit einem oder mehreren negativen Ereignissen verbunden oder durch den sprachlichen Alltag, moralische oder religiöse Bedenken als unangenehm empfunden wird. Daher finden sich im alltäglichen Sprachgebrauch vor allem für mit Leid verbundene Geschehnisse viele Wörter oder Redewendungen, um diese zu beschreiben (vgl. Burkhardt 1998: 111). So macht es inhaltlich keinen Unterschied, ob ein Angehöriger *gestorben*, *verstorben* oder *entschlafen* ist; die meisten Menschen würden die Intensität der mit dieser Wortreihe konnotierten negativen Assoziationen aber vermutlich als abnehmend beurteilen und somit *entschlafen* den anderen Ausdrücken gegenüber bevorzugen, da es kein Teil des ursprünglichen Lexems *sterben* ist und durch *schlafen* eine beruhigende und angenehme Konnotation besitzt - aber in erster Linie, weil dies den am wenigsten geläufigen Ausdruck darstellt und dadurch tendenziell weniger belastet ist⁴ (siehe auch Harras 1989: 622). Diesen euphemistischen Effekt kennzeichnet auch der Duden mit dem besonderen Zusatz "geh[oben] verhüll[end]" (Duden 2011: 500, Stichwort: entschlafen), während sich bei den beiden anderen Wörtern kein solcher Verweis findet. Die euphemistische Bezeichnung verhüllt somit einen zu vermeidenden Begriff und wird so zu einem sprachlichen Surrogat, welches zwar die gleiche Botschaft vermittelt, vom Rezipienten aber anders aufgefasst wird, da die Ursprungsbedeutung mildernd übertragen wird. Das Besondere daran ist, dass dieser sich in der Regel trotzdem der tatsächlichen Bedeutung der Bezeichnung bewusst ist, denn dies ist bei Euphemismen nicht immer der Fall.

In der Forschung hat sich die Zweiteilung in diese *verhüllenden* und in die sogenannten *verschleiernden* Euphemismen etabliert (vgl. Luchtenberg 1985: 167-179). Was im ersten Moment aufgrund der im alltäglichen Sprachgebrauch oft synonym gebrauchten Adjektive identisch wirken mag, ermöglicht eine erste grobe Einstufung von Euphemismen. Im Gegensatz zu den verhüllenden Euphemismen, welche in erster Linie eine mildernde Wirkung erzeugen wollen, wird bei den verschleiernden Euphemismen "die Aufmerksamkeit des Hörers auf die vom Sprecher gewünschten Aussageteile, Meinungen etc. gelenkt" (Luchtenberg 1985:

⁴ Individuelle Erfahrungen mit den einzelnen Wörtern können allerdings unterschiedliche Präferenzen erzeugen. Wer beispielsweise durch eine Todesanzeige, in welcher das Wort „entschlafen“ verwendet wurde, von dem Tod einer nahestehenden Person erfährt, wird in Zukunft wahrscheinlich ein anderes Wort bevorzugen, da es weniger negative Assoziationen hervorruft.

167). Somit ist klar, dass verschleiende Euphemismen eine deutlich gezieltere Täuschungsabsicht haben als es bei den verhüllenden der Fall ist. Verhüllende Euphemismen sind eher die ursprünglichen, aufgrund von gesellschaftlicher Tabuisierung eingesetzten Ersatzbezeichnungen des Alltages, während die verschleienden als rhetorisches Mittel zum eigenen Vorteilsgewinn verwendet werden. Daher spielen diese auch in der politischen Sprache eine deutlich größere Rolle als die verhüllenden (siehe auch Luchtenberg 1985: 18; Schröter/Carius 2009: 40). In Kapitel 3.5 wird auf die Rolle der beiden Formen von Euphemismen in der politischen Sprache genauer eingegangen werden.

3.3. Sprachliche Realisation des Euphemismus

Bisher wurde geklärt, dass Euphemismen durch einzelne Wörter und syntaktische Einheiten gebildet werden können. Da immer wieder alltägliche Wörter durch eine sich etablierende euphemistische Verwendung neue Bedeutungen erhalten, lassen sich keine speziellen Wortstrukturen bestimmen, welche für alle lexikalischen Euphemismen gelten und somit dabei helfen, Euphemismen leichter zu identifizieren. Bei syntaktischen Euphemismen stellt sich die Identifizierung als noch komplizierter heraus, da der Adressat über eine noch umfangreichere Sachkenntnis verfügen muss um die euphemistische Wirkung als solche wahrzunehmen. Auch hier ist eine spezielle Struktur nicht bestimmbar, weil theoretisch jeder beliebige empirische Satz in einem bestimmten Kontext und je nach Intention des Senders wahr, eine schlichte Lüge oder ein Euphemismus sein kann (vgl. Leinfellner 1971: 75; Luchtenberg 1985: 127).

Trotzdem müssen sich hinsichtlich der Bildung von Euphemismen bestimmte Aussagen treffen lassen, die den Effekt der euphemistischen Wirkung und damit den gezielten Einsatz dieses Stilmittels genauer beschreiben. Leinfellner hat hierfür eine Einteilung in elf Regeln erstellt, welche zumindest in gekürzter Form in allen umfangreicheren Forschungsbeiträgen zu Euphemismen zitiert wird (vgl. Leinfellner 1971: 80-111; Verweise u.a. durch Luchtenberg 1985: 127-140; Knapp 1992: 65). Aufgrund der breiten Akzeptanz der Forschung gegenüber dieser Einteilung orientiert sich der folgende Abschnitt stark an diesem Modell, wobei mithilfe zusätzlicher Fachliteratur kleine Änderungen und Ergänzungen vorgenommen

wurden. Es sei jedoch im Vorfeld zu erwähnen, dass an die folgende Kategorisierung von euphemistischen Bildungsweisen keinesfalls der Anspruch gestellt werden kann, dass sich Euphemismen immer eindeutig einer Kategorie zuordnen lassen. Es ist durchaus nicht ungewöhnlich, dass zwei oder gar drei auf einen Euphemismus zutreffen.

Überblick:

- a. Vage oder mehrdeutige Ausdrücke**
- b. Fremdworte und gehobene Sprache**
- c. Auslassung negativierender Lexeme und Nulleuphemismen**
- d. Hinzufügung positiver Lexeme**
- e. Metapher**
- f. Litotes**
- g. Versteckte semantisch-deskriptive Widersprüche**
- h. Leerformeln**
- i. Abkürzungen**

a) Vage oder mehrdeutige Ausdrücke

Dieser ersten Kategorie lässt sich ein Großteil von Euphemismen zuschreiben (vgl. Leinfellner 1971: 80-85). Während sich Polysemie normalerweise im Kontext klar ihrer Bedeutung zuweisen lassen, werden diese auf euphemistische Weise gezielt so verwendet, dass die Polysemie nicht beseitigt wird und so eine Mehrdeutigkeit der Meinung entsteht (vgl. Luchtenberg 1985: 133). Daraus ergibt sich eine Vagheit, welche der Rezipient nicht sicher deuten kann, was dem Sender als Verschleierung negativer Sachverhalte dient. Leinfellner bringt dafür das Beispiel des Lexems *betreuen* an, was in der Vergangenheit von den Nationalsozialisten auch als Euphemismus für die Ermordung von Juden verwendet wurde (vgl. Leinfellner 1971: 82). Neben den lexikalischen Polysemen können auch syntaktische Einheiten eine Ambiguität aufweisen und daher als Euphemismus gebraucht werden.

b) Fremdworte und gehobene Sprache

Fremdworte oder weniger geläufige Wörter erzeugen eine künstliche Vagheit beim Empfänger, weil sich dieser über deren Bedeutung nicht im Klaren ist (vgl.

Leinfellner 1971: 86; Luchtenberg 1985: 134). Aus der Unfähigkeit, den negativen Kern eines umschreibenden Fremdwortes zu erkennen, ergibt sich eine euphemistische Wirkung, welche in der Regel vom Sender als solche intendiert ist, da sich dieser der allgemeinen Unkenntnis oder möglichen Fehlinterpretation der Äußerung bewusst ist. So wurde zwar die Wahrheit gesagt, diese ist aber als nicht vom Empfänger in vollem Umfang dechiffrierbar.

c) **Auslassung negativierender Lexeme und Nulleuphemismen**

Das Auslassen von für das vollständige Verständnis eines Sachverhaltes wichtiger Lexeme kann zu einer euphemistischen Wirkung führen, wenn der Sender dadurch gezielt eine positivierende Veränderung der Bedeutung für den Empfänger vornimmt. Oft wird durch die Auslassung eines bestimmten negativen Aspektes eines Sachverhaltes gleichzeitig die Betonung eines anderen, genannten und positiven erreicht (vgl. Luchtenberg 1985: 136). Dies führt somit zu einer verstärkten euphemistischen Wirkung, weil damit nicht nur eine gewisse Neutralität durch Auslassung der negativen Komponente, sondern sogar eine Positivität gegenüber eines Sachverhaltes beim Rezipienten bewirkt wird.

Als Grenzfall dieser Kategorie von Euphemismen werden die Nulleuphemismen angesehen (vgl. Leinfellner 1971: 90f). Man spricht von einem Nulleuphemismus, wenn das Auslassen ganzer Sachverhalte - anstatt wie zuvor lediglich einzelner Lexeme - dazu führt, dass der euphemistische Effekt erzeugt wird. Dieser entsteht, wenn dadurch eine bedeutende Fehlinterpretation vom Adressaten vorgenommen wird oder sich der Sender bewusst in ein besseres Licht rückt, indem er nicht alle Informationen weitergibt. Als Beispiel für einen Nulleuphemismus nennt Leinfellner die Verteilung von Flugblättern durch die Botschaft der USA in Laos (vgl. Leinfellner 1971: 91). Auf diesen wurde der Teil des Genfer Abkommens abgedruckt, welcher die Neutralität von Laos betraf und somit eine positive Wirkung bei der Bevölkerung hervorrufen sollte. Jedoch ließ die Botschaft dabei gezielt den Artikel aus, den die USA durch den Einmarsch ihrer Truppen in Laos gebrochen hatten, um sich selbst in ein positives Licht zu rücken. Es ist dadurch meist nicht klar zu bestimmen, ob es sich primär sogar um eine Lüge oder Verschweigung anstatt eines Nulleuphemismus handelt (vgl. Leinfellner 1971: 90; Luchtenberg 1985: 138).

d) Hinzufügung positiver Lexeme

Neben der Auslassung bestimmter Lexeme kann auch die Hinzufügung solcher einen euphemistischen Effekt erzeugen. Dafür werden prestigeträchtige Begriffe - oft auch Symbolwörter - der Aussage hinzugefügt, auch wenn die Verwendung dieser bei genauerem Betrachten teilweise keine tatsächlich beschreibende Funktion erfüllt. So wurden in der NS-Zeit Begriffe wie *deutsch* und *national* für die Erzielung eines solchen euphemistischen Effektes allen positiv darzustellenden Wörtern vorangestellt, während *jüdisch* und *ausländisch* einen gegenteiligen Effekt erzielen sollten (vgl. Bergsdorf 1996: 30). Dabei spielte es keine Rolle, ob etwas tatsächlich *deutsch* oder *jüdisch* war; die Begriffe wurden nur über die konsequente Nutzung als Symbolwörter für Positives bzw. Negatives mit entsprechenden Konnotationen aufgeladen. Somit war *deutsch* spätestens nach einer gewissen Zeit eine euphemistische Hinzufügung. Im Sprachgebrauch kann es schwer zu bestimmen sein, ob ein Wort lediglich positiv beschrieben oder mit einer euphemistischen Hinzufügung versehen wird. Hierbei muss mit einer gewissen Verhältnismäßigkeit der verwendeten Lexeme argumentiert werden um festzustellen, ob es sich dabei um eine intendierte Beschönigung handelt.

e) Metapher

Euphemismen können durch die Verwendung von Metaphern gebildet werden, welche den zu beschönigenden Sachverhalt metaphorisch ersetzen. Während ein euphemistischer Satz normalerweise auf linguistisch-semantischer Ebene korrekt ist, bewegt sich der metaphorische euphemistische Satz nicht innerhalb der Regeln des semantischen Sprachgebrauches (vgl. Leinfellner 1971: 48). Dies führt dazu, dass sie abstrakter und daher noch vager sind als es Euphemismen normalerweise sind, was zu einem erschwerten Verständnis beim Rezipienten führt – es sei denn, es handelt sich dabei um bereits verblasste Metaphern. Leinfellner begründet mit dieser Tatsache, dass metaphorische Euphemismen für die politische Sprache eher ungeeignet sind, da der hohe Grad an Abstraktion eine niedrigere Überzeugungskraft des Euphemismus bewirkt (vgl. Leinfellner 1971: 48). Wengleich diese Relation zutreffend sein mag, scheint es sich jedoch nur bedingt auf die tatsächliche Verwendung metaphorischer Euphemismen durch die Politik auszuwirken, da sich zahlreiche von ihnen, wie beispielsweise der *Rettungsschirm*, in der politischen Sprache finden lassen. Entscheidend scheint zu sein, dass die korrekte Beschreibung

eines negativen Sachverhaltes vermieden wird, beispielsweise durch eine gänzlich unverständliche, verschleiende Bezeichnung, um somit zumindest eine neutrale Rezeption der negativen Botschaft zu bewirken.

f) Litotes

Es gibt verschiedene Situationen in denen ein Euphemismus mithilfe einer Litotes erreicht werden kann. Sie bietet sich beispielsweise an um gezielt tabuisierte Begriffe zu vermeiden, indem man ihr Gegenteil verneint. Beispielsweise wäre die Beschreibung, dass *kein Frieden* mehr herrscht ein Euphemismus für den Kriegszustand. Eine interessante Möglichkeit zur Verschleierung ermöglicht die Litotes auch mit der Beschreibung eines Gegenstandes als etwas, was dieser nicht ist, dabei aber unbemerkt nicht ausschließt, dass es sich um etwas gleichwertiges oder gar schlimmeres handeln könnte. Leinfellner bringt hier als Beispiel ein offizielles Statement zu einem Waffentest der USA an, bei welchem atomare oder nukleare Systeme ausgeschlossen wurden, es sich aber – wie später bekannt wurde – um Waffen ähnlicher Zerstörungskraft handelte (vgl. Leinfellner 1971: 100). Mit der Aussage wurde somit suggeriert es handele sich um deutlich schwächere Waffen, was die Bevölkerung beruhigen sollte, ohne dies damit direkt auszusagen, sprich zu lügen.

g) Versteckte semantisch-deskriptive Widersprüche

Mit dieser Bezeichnung beschreibt Leinfellner die Verwendung von geschickt in der Sprache versteckten Widersprüchen, stilistisch gesehen also Oxymora, welche den Staatsbürger die für sich günstigste Interpretation des Widersprüchlichen schließen lässt – ohne, dass sich dieser dessen bewusst ist (vgl. Leinfellner 1971: 101f). Es mag nicht gleich ersichtlich sein, wie ein solcher Widerspruch aussieht, daher hier ein Beispiel von Leinfellner: *Soziale Marktwirtschaft* stellt zwar mittlerweile einen gebräuchlichen Termini dar, wurde aber ursprünglich als ein solcher Widerspruch empfunden (vgl. Leinfellner 1971: 102). Dies liegt an der damaligen ausschließlichen Verwendung des Begriffes der *Marktwirtschaft* als *freie Marktwirtschaft*, was *sozial* als Komponente ausschließt (vgl. Leinfellner 1971: 102). Somit stellte *soziale Marktwirtschaft* einen euphemistischen Widerspruch dar, welcher Anhänger beider politischer Lager ansprach. Wichtig ist hierbei, dass der euphemistische Effekt ähnlich wie bei der Pejorisation mit der Zeit verblasst, wenn

die Bezeichnung zum gebräuchlichen Termini wird und die Bedeutungszuweisung im Allgemeinen erfolgt ist.

h) Leerformeln

Die Leerformel ist eine Kategorie der euphemistischen Mittel, die wohl fast ausschließlich in der Sprache der Politik zu finden ist. Luchtenberg beschreibt sie als "eines der wichtigsten rhetorischen Mittel, das nicht bedeutungs-, sondern inhaltslos ist" (Luchtenberg 1985: 133). Begriffe wie *Freiheit* oder *Menschenwürde* können als inhaltslos bezeichnet werden, weil nicht klar ist, was mit ihnen gemeint ist, sie aber durchaus eine starke positive Bedeutung für den Empfänger haben und daher gerne wie Schlagworte eingesetzt werden (vgl. Luchtenberg 1985: 133; Straßner 1987: 61). Leinfellner, die in ihren Regeln die Leerformel nicht abbildet, widmet einen Teil der Leerformeln unter der Bezeichnung "einstellige Ausdrücke anstelle von mehrstelligen" (Leinfellner 1971: 106) eine eigene Regel. Darunter fasst sie Begriffe wie *Freiheit* zusammen, die immer nur in Relation zu etwas gesetzt werden können, aber alleinstehend genutzt werden (vgl. Leinfellner 1971: 106). So kann ein Mensch nur frei *von etwas* sein (*negative Freiheit*) oder die Freiheit besitzen etwas zu tun (*positive Freiheit*) (vgl. Leinfellner 1971: 107). Innerhalb eines Staates von einer generellen Freiheit zu sprechen - wie es in der politischen Sprache immer wieder geschieht - entspricht somit aufgrund von Gesetzen, welche die Freiheit eines jeden in gewissem Maße einschränken, nicht den Tatsachen. Die Leerformel wird genutzt, weil sie durch die Vermeidung einer inhaltlichen Festlegung vor jeglicher Kritik geschützt ist und dabei trotzdem eine Form der Zustimmung generiert (vgl. Straßner 1987: 61). Da sie an sich inhaltsleer ist und keinen bestimmten Sachverhalt gänzlich ersetzen kann, handelt es sich bei der Leerformel immer auch um eine euphemistische Hinzufügung, entweder in vollständiger syntaktischer oder auch in lexikalischer Form.

i) Abkürzungen

Zur Vermeidung bestimmter Begriffe dienen immer wieder unterschiedliche Formen von Abkürzungen, was als einfachste Möglichkeit angesehen werden kann, eine euphemistische Wirkung hervorzurufen (vgl. Zöllner 1997: 139). Dabei können Wörter verkürzt, die Anfangsbuchstaben von einzelnen Wortteilen oder gar ganzen

Wortreihen aneinandergereiht, aber auch einfache Satzzeichen verwendet werden (vgl. Luchtenberg 1985: 136).

3.4. Abgrenzung zu Euphemismen der *Political Correctness*

Die Untersuchung in dieser Arbeit erfordert es hinsichtlich der Definition der hier verwendeten Euphemismen, eine genauere Eingrenzung vorzunehmen. So gibt es viele Euphemismen, welche der *Political Correctness* zuzuordnen sind und daher aus den im Folgenden erläuterten Gründen nicht zu den hier untersuchten zählen. Es sei ausdrücklich gesagt, dass dieses umfangreiche Thema nur in Ansätzen angerissen werden soll, um den Unterschied zu den später untersuchten Euphemismen zu verdeutlichen. Ebenso soll keine Bewertung der *Political Correctness* vollzogen werden, da diese nur nach einer umfangreichen Bearbeitung adäquat möglich ist. Für eine ausführliche Auseinandersetzung sollte die entsprechende vorhandene Fachliteratur herangezogen werden, auf welche hier in Auszügen verwiesen wird.

Die *Political Correctness*, kurz *PC* oder im deutschen Sprachgebrauch teilweise auch als *Politische Korrektheit* bezeichnet, ist eine in den USA entstandene sprachkritische Bewegung, die vor allem seit Beginn der 90er-Jahre auch in Deutschland immer mehr Aufmerksamkeit generiert und dadurch den öffentlichen Sprachgebrauch der deutschen Sprache geprägt hat (vgl. u.A. Kilian 2008: 62f; Wierlemann 2002: 9f, 104f, 130). Der Begriff *Political Correctness* sowie dessen Adjektive werden in unterschiedlichen Kontexten mit teils gänzlich differierenden Konnotationen und Intentionen verwendet. So wird er beispielsweise von den sprachwissenschaftlichen Vertretern der *Political Correctness* angewandt, die sich damit für eine höhere Sprachsensibilität aussprechen. Diese wollen erreichen, "dass die Sichtbarmachung von sprachlich ausgedrückten Benachteiligungen im öffentlichen Sprachgebrauch zu mehr reflektiertem Wortgebrauch oder auch aufgrund der Stigmatisierung zur Unterlassung von Wortgebräuchen" (Kilian 2008: 62f) führt. Gleichzeitig nutzen ihn jedoch auch Kritiker und Personen der Öffentlichkeit - vornehmlich Berufspolitiker - pejorativ als negatives Schlagwort, um Aussagen ihrer Konkurrenten zu diskreditieren (vgl. Sandkühler 2008: 18). Im Allgemeinen sind die Intentionen der Anhänger dieser sprachkritischen Bewegung nicht auf einen Nenner zu bringen, da sich diese von der bloßen Sichtbarmachung

von Ungleichheiten in der Sprache bis hin zu radikalen Ansichten, welche eine staatliche Sanktionierung bestimmter Sprachverwendung fordern, deutlich in ihrem Umfang unterscheiden (vgl. Hoberg 1996: 96). Bei den neugeschaffenen euphemistischen Benennungen der Political Correctness handelt es sich ausschließlich um verhüllende Euphemismen, welche jedoch als zusätzliche Unterkategorie in erster Linie von den Befürwortern gegenüber ethnischen Minderheiten oder dem weiblichen Geschlecht als unangemessen bzw. ungerecht empfundene Bezeichnungen ersetzen sollen. Als großes Problem der Political Correctness muss die bereits erläuterte Euphemismus-Tretmühle angesehen werden. So schreibt dessen Autor Pinker schon vor dem Auftreten der teilweise als Modewort deklassierten Political Correctness:

Namen für Minderheiten werden sich verändern, solange die Menschen ihnen gegenüber negative Einstellungen haben. Erst wenn die Namen sich nicht mehr verändern, können wir gewiss sein, dass wir es zu gegenseitiger Achtung gebracht haben. (Pinker 2003: 300)

Von einer Beurteilung wird hier Abstand genommen; jedoch soll verdeutlicht werden, dass solche Euphemismen der Political Correctness kein Bestandteil der Hauptuntersuchung politischer Euphemismen sein werden, da sie als weitgehend uneigennützig eingestuft werden. So werden diese vor allem benutzt, um möglichst wenige Personen ungewollt zu beleidigen, was sie von der Intention der anderen – vor allem verschleiern – Euphemismen deutlich unterscheidet.

3.5. Euphemismen in der Politik

Bei der Anwendung von Euphemismen in der politischen Sprache lassen sich einige genauere Aussagen hinsichtlich ihrer Eigenschaften treffen. So sollen politische Euphemismen "einerseits unbequeme Tatsachen der Öffentlichkeit gegenüber beschönigen und zugleich ihren Benutzer selbst und seine Gruppe beruhigen" (Burkhardt 2003: 112). Die Absicht des politisch agierenden Senders liegt dabei – im Gegensatz zu einem Großteil der alltäglichen Euphemismen – meist nicht in der Schonung der Psyche der damit angesprochenen Öffentlichkeit, sondern in deren gezielter Manipulation zum Zwecke des eigenen Vorteilsgewinnes (wie in Kapitel 2.1 erläutert). Somit sind die meisten in der politischen Sprache eingesetzten Euphemismen verschleiernder Natur. Eine Ausnahme bilden dabei die zuvor

ausgeschlossenen etablierten Benennungen der Political Correctness (siehe Kapitel 3.4). Leinfellner geht sogar einen Schritt weiter, indem sie bestimmte Formen politischer Euphemismen als "partielle Lügen" (Leinfellner 1971: 42) bezeichnet, wenn der Sprecher sich der Unverträglichkeit der euphemistisch verwendeten Bezeichnung gegenüber seinem eigentlichen Denotat und der Unwissenheit der Adressaten über diesen Umstand bewusst ist. Wie in Kapitel 3.1 festgestellt wurde, benötigt man eine gewisse Sachkenntnis um Euphemismen als solche erkennen zu können, da sie erst im Kontext eine euphemistische Funktion einnehmen. Dies ist auch der Grund, weshalb hier nur Euphemismen in der externen politischen Sprache betrachtet werden sollen, da es sich bei der internen um eine Fachsprache des Politischen handelt. Innerhalb dieser Fachsprache agierende Personen besitzen in der Regel die nötige Sachkenntnis und sprachkritische Kompetenz, um die wahre Bedeutung der in der Öffentlichkeit euphemistisch wirkenden Aussagen zu dechiffrieren. Was in der externen politischen Sprache einen klaren Euphemismus darstellt, ist somit in der internen politischen Kommunikation wahrscheinlich kein solcher, da dem Empfänger die wahre Natur der beschriebenen Sache zumindest bis zu einem gewissen Grad bewusst ist. Aufgrund der von der Öffentlichkeit meist nur oberflächlich konsumierten und reflektierten Massenmedien, welche die wichtigste Kommunikationsplattform zwischen Politikern und der Bevölkerung darstellen, muss davon ausgegangen werden, dass die Mehrheit der Adressaten externer politischer Sprache nicht über die nötige Sachkenntnis und Sprachkompetenz verfügt um Euphemismen als solche zu identifizieren. Dies ist in weiten Teilen der politischen Diskussion auch gar nicht möglich, da viele Informationen durch die entsprechenden politischen Akteure an die Öffentlichkeit gelangen, also nur diese über die weitgehend ungefilterte nötige Sachkenntnis verfügen. Daher kommt diese Arbeit zu der These, dass sich politische Akteure der euphemistischen Wirkung ihrer gewählten Bezeichnungen durchaus bewusst sind, und sie diese gezielt zur Irreführung der Öffentlichkeit über vorhandene Tatsachen verwenden, um sich selbst und die eigenen Gruppe – also Partei, Regierung und/oder Ressort – in ein besseres Licht zu rücken und somit den Machterhalt, in Form einer erneuten Wiederwahl, zu sichern. Des Weiteren wird die Nebenthese aufgestellt, dass politische Euphemismen hauptsächlich von Amtsinhabern der Regierung verwendet werden, weil diese ihre Taten gegenüber den Wählern rechtfertigen müssen und somit zu den beschönigenden Euphemismen greifen. Politische Gegner, also entsprechende NGOs

und oppositionelle Parlamentarier, verwenden demnach – so hier angenommen – nur selten Euphemismen, sondern konzentrieren sich darauf, von der Regierung hervorgebrachte Euphemismen als solche aufzudecken. Dafür verwenden sie realitätsgetreuere Bezeichnungen oder gar *Dysphemismen*, welche durch ihre negativierende Wirkung einen gegenteiligen Effekt erzeugen und einen Sachverhalt schlechter darstellen, als er eigentlich ist, um einen Amtsträger zu diskreditieren und gleichzeitig damit auszudrücken, dass sie an Stelle der entsprechenden Person besser gehandelt hätten. Diese Form der unterschiedlichen Bezeichnung der gleichen Sache wird auch *Bedeutungskonkurrenz* bezeichnet, da zwei völlig konträre Bedeutungen durch die verwendeten Lexeme transportiert werden, wodurch sich die Zugehörigkeit des Senders zu einem politischen Lager schnell feststellen lässt (vgl. Schröter/Carius 2009: 26f). Mitglieder der Opposition müssen ohne eine regierende Aufgabe nicht auf eine Finanzierung – welche wohl die Hauptursache für negative, zu beschönigende Entscheidungen ist – ihrer in Augen der Öffentlichkeit prestigeträchtigen Pläne achten und müssen somit keine Sachverhalte beschönigen, also Euphemismen verwenden. Diese Strategie der Themenwahl und des Wortgebrauchs bei öffentlichen Ansprachen führt sie näher an ihr Ziel des Machterwerbes als die Verbreitung realistischer, finanzierbarer Pläne, welche mithilfe von Euphemismen gerechtfertigt werden müssten.

Eine Einschränkung muss jedoch getroffen werden, wenn beispielsweise hochrangige oppositionelle Politiker aufgrund früherer Verfehlungen in die sprichwörtliche Schusslinie geraten und von ihrer normalerweise offensiven Position in die Defensive gehen müssen. Generell kann also jede Person, die Teil des politischen Systems ist, in eine Lage geraten, in der sie sich wahrscheinlich mithilfe euphemistischer Aussagen verteidigt. Regierende befinden sich aufgrund der zuvor erläuterten Tatsache jedoch deutlich öfter in dieser für Euphemismen anfälligen Situation, weshalb die meisten neugeschaffenen Euphemismen, vor allem solche die verschleiern, aus ihrer Feder stammen.

4. Öffentliche Kommunikation und Wahrnehmung von Euphemismen

Nach der in den vorherigen Kapiteln erfolgten Darstellung des Forschungsstandes und den damit verbundenen ersten theoretischen Überlegungen zum Thema, die zur Formulierung der beiden Thesen geführt haben, soll in diesem Kapitel die Verknüpfung zur Untersuchung dieser Arbeit hergestellt werden.

Bisherige Arbeiten über Euphemismen von beispielsweise Luchtenberg (1985), Leinfellner (1971) oder Rada (2001) untersuchten bestimmte Wortfelder gezielt nach Euphemismen. Diese Arbeiten eignen sich hervorragend, um die Entwicklung der Sprache durch Euphemismen nachvollziehen zu können, da ausführlich über die sprachgeschichtlichen Bezeichnungen für bestimmte Sachverhalte referiert wird – beispielsweise die sich im Verlaufe der Jahre stetig wandelnden Bezeichnungen für die Toilette (vgl. z.B. Luchtenberg 1985: 114; Rada 2001: 89). Diese – teilweise betagten – Arbeiten eignen sich jedoch weniger dafür, aktuelle Euphemismen zu untersuchen, da die Pejorisation euphemistischer Bezeichnungen dazu führt, dass der euphemistische Effekt schwindet. Es lässt sich somit zwar rückblickend feststellen, ob eine Bezeichnung euphemistisch war, jedoch nur schwer, ob sie dies auch heute noch ist. Die Bedeutungsübernahme und gesellschaftliche bzw. sprachliche Akzeptanz einer Bezeichnung bestimmen maßgebend, ob diese einen Euphemismus darstellt. Dieser Aspekt wird in den zitierten Arbeiten zwar erwähnt, jedoch wird nicht damit gearbeitet (vgl. z.B. Rada 2001: 89f). In dieser Arbeit wird daher anders vorgegangen, indem bei der Auswahl der zu untersuchenden Euphemismen die Relevanz der öffentlichen Wahrnehmung eine entscheidende Rolle spielen soll. Die zentrale Fragestellung, welche in diesem Kapitel beantwortet werden soll, wird dabei sein: Existieren öffentlich und damit in der Regel auch in der Politik diskutierte Themenfelder, in denen überdurchschnittlich viele Euphemismen auftreten, welche von den Bürgern als solche identifiziert und angeprangert werden? Hierfür soll im ersten Teilkapitel 4.1 die erfolgte methodische Herangehensweise erläutert und im Verlaufe des Kapitels die Bedeutung der Ergebnisse für die weitere Untersuchung begründet werden. Obwohl es sich bei dem Euphemismus um ein sprachenübergreifendes Stilmittel handelt, welches auch in anderen Sprachen ein wichtiges Mittel der Politik darstellt, sollen dabei im Rahmen dieser Arbeit lediglich Euphemismen aus dem deutschen Sprachraum betrachtet werden.

4.1. Methodik

Es ist schwer festzustellen, welche Wörter von der Öffentlichkeit als Euphemismen empfunden werden. Dies liegt in der Natur der Sache, da Euphemismen im Idealfall nicht als solche entlarvt werden sollen. Somit steht eine Untersuchung zur Wahrnehmung von Euphemismen vor zwei Hauptproblemen. Erstens mag es teilweise vorkommen, dass Sender und Empfänger gleicher Meinung sind und der Sender den Euphemismus daher nicht als solchen einstuft (siehe Kapitel 3.1). Wahrscheinlicher ist aber das zweite Problem, dass ein Großteil der Euphemismen geschickt von Politikern verwendet wird und dadurch ohne eine genauere Reflexion, die im Alltag beim Konsum von Medien kaum stattfindet, nicht als solcher zu erkennen ist. Wenn dies der Fall ist, dann haben Euphemismen ihre vom Sender intendierte Funktion erfüllt und durch die geänderte Bezeichnung somit unterbewusst die Meinung des Empfängers durch Manipulation der vermittelten Bedeutung beeinflusst.

Trotz aller Schwierigkeiten muss ein Indikator für die öffentliche Wahrnehmung von Euphemismen gefunden werden, welche vor der Untersuchung hilft auf entsprechende Themenfelder aufmerksam zu werden. In dieser Arbeit werden hierfür daher die Kandidatenlisten für das *Unwort des Jahres* herangezogen, welche normalerweise nicht öffentlich sind, aber freundlicherweise zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt wurden. Bei dieser sprachkritischen Aktion, die mittlerweile auch von den Medien aufmerksam verfolgt wird, beteiligen sich jedes Jahr zahlreiche Personen durch ihre Einsendung von jährlich etwa 2.000 persönlichen Vorschlägen, von denen jeder durchschnittlich zweimal eingesendet wird⁵. Diese Vorschläge werden von einer Jury - bestehend aus vier Sprachwissenschaftlern, einem Journalisten sowie einer jährlich wechselnden Person - nach unterschiedlichen Aspekten bewertet und anschließend einer von ihnen zum *Unwort des Jahres* gewählt. Dabei ist das Ziel laut dem Initiator Schlosser "der Versuch, mittels exemplarischer Negativauszeichnungen die Debatte über einen sachlich angemessenen und die Humanität währenden öffentlichen Sprachgebrauch in Gang zu halten" (Schlosser 1996: 108). Auf der Website der Aktion sind die Grundsätze

⁵ In den vergangenen zehn Jahren erhielt die Jury jährlich zwischen 1.744 und 2.420 Einsendungen mit je etwa knapp der Hälfte an unterschiedlichen Vorschlägen. Eine Ausnahme stellt 2010 mit lediglich 1.123 Einsendungen dar. Siehe: <http://www.unwortdesjahres.net/index.php?id=4> [Stand: 01.07.2013].

für die Wahl des Unwort des Jahres angegeben, so können einzelne Bezeichnungen oder gar ganze syntaktische Einheiten gewählt werden:

- weil sie **gegen das Prinzip der Menschenwürde** verstoßen (z.B. *Geschwätz des Augenblicks* für Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche),
- weil sie **gegen Prinzipien der Demokratie** verstoßen (z.B. *alternativlos* als Haltung/Position in der politischen Diskussion, um eine solche zu vermeiden und sich der Argumentationspflicht zu entziehen),
- weil sie **einzelne gesellschaftliche Gruppen diskriminieren** (z.B. durch unangemessene Vereinfachung oder Pauschalverurteilung, wie etwa *Wohlstandsmüll* als Umschreibung für arbeitsunwillige ebenso wie arbeitsunfähige Menschen),
- weil sie **euphemistisch, verschleiernd oder gar irreführend** sind (z.B. *freiwillige Ausreise* als Behördenterminus für die nur bedingt oder gar nicht freiwillige Rückkehr von Asylbewerbern in ihre Heimatländer aus Abschiebehaftanstalten).⁶

Der letzte Punkt ist dabei entscheidend für diese Arbeit, denn zahlreiche Kandidaten stellen dadurch Euphemismen dar. Die anderen eingesendeten Vorschläge auf den Listen, die nach dem Verständnis des Autors keine euphemistische Funktion besitzen, spielen in dieser Arbeit keine Rolle. Da es sich bei Euphemismen um ein komplexes sprachliches Phänomen mit subjektiver Komponente handelt, können Wörter nicht als Euphemismen eingestuft worden sein, welche in anderen Untersuchungen gut begründet als solche betrachtet worden wären. So gibt es durchaus einige Bezeichnungen, bei denen man über die euphemistische Funktion streiten könnte. Ist *Rotationseuropäer*, als Bezeichnung für ehemals als *Zigeuner* und heute politisch korrekt als *Sinti und Roma* betitelte Menschen eine neue euphemistische Wortbildung um das eventuell bereits negativ konnotierte *Sinti und Roma* zu ersetzen, oder ist die Bezeichnung einfach nur unpassend, eher beleidigend und daher nicht euphemistisch? Eine endgültige Einstufung als Euphemismus kann sich in solchen und ähnlichen Fällen als schwierig gestalten und daher zu anderen Ergebnissen führen.

Aufgrund der mittlerweile weitreichenden Medienwirksamkeit dieser sprachkritischen Aktion wird hier davon ausgegangen, dass die relevantesten Euphemismen der öffentlichen Diskussion eingesendet wurden und damit in den vorliegenden Listen zu finden sind. Es liegt in der Natur der Aktion, dass fast

⁶ Hervorhebungen im Original, siehe: <http://www.unwortdesjahres.net/index.php?id=2> [Stand: 01.07.2013].

ausschließlich lexikalische Euphemismen eingesendet wurden. Syntaktische finden sich - wenn überhaupt - fast ausschließlich in Form von Nominalphrasen unter den Einsendungen. Im Rahmen dieser Arbeit wurden im Vorfeld der Untersuchung die Listen der vergangenen zehn Jahre (2003-2012) nach Euphemismen durchsucht. Dadurch, dass in diesen auch die Anzahl der Einsendungen dokumentiert wird, lässt sich schnell eine deutliche Tendenz dessen feststellen, an welchen Euphemismen sich überdurchschnittlich viele Menschen zu stören scheinen, bzw. welche von ihnen gleichzeitig besonders offensichtlich waren oder von gewissen Gruppen entlarvt wurden. Zu beachten ist hierbei allerdings, dass es immer wieder Kampagnen gibt, bei denen beispielsweise Aufrufe innerhalb bestimmter aktivistischer Gruppen getätigt werden. Diese fordern ihre Mitglieder zur Einsendung auf, um dadurch eine besonders große Aufmerksamkeit der Jury zu erzielen, was wiederum ein mediales Echo über das angeprangerte Wort generiert und damit das entsprechende Problem in den Mittelpunkt der Öffentlichkeit stellt. Dies ist auch einer der Gründe, weshalb die Quantität der Einsendungen kein entscheidendes Kriterium für die letztliche Wahl des Unwortes darstellt⁷. Als Beispiel seien hier die Tierschützer zu nennen, welche sich über Euphemismen zur Tierhaltung wie *moderne Tierhaltung* als Bezeichnung für Massentierhaltung beschwerten. Solche Kampagnen wurden bei der Betrachtung der Relevanz berücksichtigt, somit können diese Zahlen nur einen groben Hinweis darauf geben, wie viele Personen tatsächlich selbstständig die Initiative zur Einsendung eines bestimmten Vorschlages ergriffen haben. Durch die Analyse der Daten lassen sich in Hinblick auf die quantitative Nutzung von Euphemismen unterschiedlicher politischer Akteure wie Regierungs- und Oppositionsmitglieder zwar noch keine allgemeingültigen Aussagen treffen, da keine beiläufig oder geschickt formulierten Euphemismen, sondern in erster Linie die zu der Zeit aktuell dominierenden in diesen Listen zu erwarten sind; trotzdem können so in diesem vierten Kapitel erste Handlungsanweisungen für den weiteren Verlauf der Arbeit formuliert werden.

Im folgenden Teilkapitel 4.2 soll ein Überblick über die Themenfelder gegeben werden, zu denen überdurchschnittlich viele Euphemismen zählen, die in den untersuchten Listen gefunden wurden. Hierbei wird zunächst noch keine genauere Differenzierung in politische und nicht politische Euphemismen vorgenommen,

⁷ Siehe: <http://www.unwortdesjahres.net/index.php?id=2> [Stand: 01.07.2013].

sondern Euphemismen generell betrachtet, auch wenn es sich dabei weniger um solche der politischen Sprache handelt. Dies ermöglicht einen Einblick in die generelle Wahrnehmung von Euphemismen durch die Öffentlichkeit und kann somit zum Verständnis von deren Rezeption beitragen. Hilfreich sind dabei die in den Listen vermerkten Kommentare der Einsender, welche auf die Herkunft der entdeckten Euphemismen schließen lassen. Dabei werden nicht nur die Quellen, sondern teilweise auch persönliche Daten angegeben, welche Rückschlüsse auf die Wirkungsweise der Euphemismen ermöglichen. Ein zusätzlicher Grund für die vorerst nicht erfolgte Einteilung in politische und nicht politische Euphemismen stellt die Schwierigkeit der Feststellung dar, ob ein bestimmter Euphemismus in der Politik entstanden ist oder lediglich durch diese erst aufgegriffen wurde. Trotzdem soll der Versuch einer solchen Eingrenzung im darauffolgenden Kapitel 4.3 erfolgen, um dann in Kapitel 4.4 eine Schlussfolgerung für die weitere Vorgehensweise der Untersuchung zu ziehen.

4.2. Themenfelder

Beim Sichten der eingesendeten euphemistischen Vorschläge zum Unwort des Jahres wird schnell ersichtlich, dass ein großer Teil der Bezeichnungen eigenen Erfahrungen entsprungen ist und nicht nur beispielsweise lediglich aus den Medien entnommen wurde. Nicht eindeutig beantwortet werden kann jedoch die Frage nach dem Mechanismus, der hinter dieser erkennbaren Korrelation von Einsendungen und Lebenserfahrung steckt. Entspringen so viele Einsendungen einem erhöhtem persönlichem Bezug, weil die euphemistische Wirkung erst durch die konkreten Erfahrungen mit der Problematik entdeckt wurde, oder fällt dies einer weitaus größeren Personenzahl auf und erst der persönliche Bezug ist von Nöten, um das Wort einzusenden und somit aktiv an der Wahl teilzunehmen?

Im Folgenden soll ein Überblick über die Themenfelder mit den meisten euphemistischen Einsendungen zum Unwort des Jahres geliefert werden. Dabei werden die Euphemismen in ihrer Funktionsweise grob erläutert, eine genauere Auseinandersetzung mit einer Auswahl von Euphemismen erfolgt im darauffolgenden fünften Kapitel. In diesem Kapitel wurden keine euphemistischen

Bezeichnungen hinzugefügt; alle hier vorgestellten sind – wenn nicht anders beschrieben – zwischen 2003 und 2012 als Vorschlag eingesandt worden.

4.2.1. Arbeitswelt und Wirtschaft

Zahlreiche Einsendungen von Euphemismen sind der Arbeitswelt bzw. Wirtschaft zuzuordnen. Besonders in diesem Themenfeld kann durch die Kommentare ein überdurchschnittlicher persönlicher Bezug zum Privatleben der Einsender festgestellt werden. Die Bezeichnung *Nacharbeitszeit*, ein mittlerweile in der Arbeitswelt gängiger Begriff für unbezahlte Überstunden, wurde beispielsweise laut Kommentar eines Einsenders dem persönlichen Arbeitsvertrag entnommen. Auch die *Arbeitsverdichtung*, bei der die gleiche Arbeit von weniger Mitarbeitern getätigt werden muss - meist als Folge von Entlassungen - findet sich mit direktem persönlichem Bezug unter den Einsendungen. Generell finden sich unter den Vorschlägen zahlreiche Euphemismen der Wirtschaft, beispielsweise für Entlassungen, die als *Effizienzsteigerung*, *sozialverträglicher Abbau von Arbeitsplätzen* oder *beschäftigungsorientiertes Abbaumodell* bezeichnet werden. Auch die *Weiterentwicklung des Kündigungsschutzes* suggeriert, dass sich der Angestellte über einen umfangreicheren Kündigungsschutz freuen darf. Da jedoch das Gegenteil der Fall ist, handelt es sich auch hierbei um einen Euphemismus.

Teilweise handelt es sich bei den Vorschlägen sogar um Bezeichnungen, welche die Einsender erst durch das persönliche berufliche Fachwissen als Euphemismen identifizieren konnten. So berichtet ein Charité-Professor, dass die gesetzlichen Krankenkassen mit der Benennung *zielgerichtetes Verkranken* eine absichtliche schlechtere Diagnose eines Patienten zum Zwecke einer höheren Zahlung aus dem Fond des *morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs*⁸ meinen. Zahlungen aus diesem Fond werden den Krankenkassen gewährt, wenn Patienten bestimmte Diagnosen erhalten; je schlechter die Diagnose, desto mehr Geld erhält der Versicherer. *Zielgerichtetes Verkranken* kann also genau genommen als Euphemismus für eine betrügerische Handlung verstanden werden, durch welche sich die Krankenkassen einen nicht legitimen finanziellen Vorteil verschaffen. Personen außerhalb des Gesundheitswesens wäre bei dieser Bezeichnung vielleicht

⁸ Auch der *morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich* wurde im Jahre 2008 insgesamt 18 Mal als Vorschlag zum Unwort des Jahres eingesendet, er stellt jedoch keinen Euphemismus dar.

durch die Wortschöpfung *verkranken* der Gedanke zur Einsendung zum Unwort des Jahres gekommen, die euphemistische Wirkung hätten jedoch wohl nur die wenigsten erkannt. Ebenso schreibt ein - laut eigenen Aussagen als psychologischer Gutachter tätiger - Einsender, dass er in Krankenakten regelmäßig etwas von *negativer Intimität* liest. Dieser Begriff sei ursprünglich ein Terminus der psychologischen Fachsprache für sexuellen Missbrauch gewesen, werde nun aber in der pädophilen Szene verwendet um die eigenen Taten zu beschönigen. Dabei kann aufgrund der unmöglich erschließbaren Wortbildung bereits die Verwendung innerhalb der Fachsprache als euphemistisch angesehen werden, wobei man hierbei aber auch im Sinne der Political Correctness mit der Schonung der Patienten argumentieren könnte. Der Effekt verstärkt sich jedoch extrem wenn die Verwendung durch die – sich teilweise nicht in Behandlung befindlichen oder gar unbestraften – Täter erfolgt.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass auch fachsprachliche Termini mit euphemistischer Wirkung innerhalb der entsprechenden Gruppe kritisiert werden können und nicht a priori als lediglich fachsprachlich oder gar political correct akzeptiert werden müssen.

4.2.2. Innenpolitik

Ein sehr großer Teil der vorgeschlagenen Euphemismen lässt sich der Innenpolitik zuordnen. Es wird vermutet, dass dies mehrere – teilweise miteinander verzahnte – Gründe hat. Über innenpolitische Themen wird weit mehr in den Medien berichtet als beispielsweise über Geschehnisse im Ausland. Somit ist man in Deutschland immer wieder zentralen Debatten ausgesetzt, welche oftmals von Euphemismen dominiert werden und daher eine Konfrontation der Bürger mit diesen Bezeichnungen meist mehrfach oder gar über einen längeren Zeitraum fast täglich geschieht. Eine solche Dominanz von Euphemismen führt dazu, dass die euphemistische Wirkung tendenziell eher entdeckt wird als es bei einmaliger Rezeption geschieht. Dies lässt sich auch darauf zurückführen, dass eine häufige Berichterstattung eine zunehmende Sachkenntnis der Bürger ermöglicht, welche bekanntlich in der Regel für die Identifikation von Euphemismen von Nöten ist. Zudem erhöht sich bei einem langwierigen politischen Thema die Chance, dass die

Bezeichnung durch politische Gegner oder die Medien als Euphemismus enttarnt wird, um auf die tatsächlichen Umstände aufmerksam zu machen. In Kombination mit der Tatsache, dass tendenziell negative innenpolitische Maßnahmen, welche durch Euphemismen verschleiert werden, einen großen Teil oder gar alle Bürger direkt betreffen, ergibt sich schnell eine deutlich höhere Empörung darüber als über Euphemismen ohne gewisser Lebensnähe, was sich auch in der Anzahl der Einsendungen widerspiegelt.

Im Folgenden sollen die wichtigsten Felder der Innenpolitik mit den meisten eingesendeten Euphemismen kurz beleuchtet werden.

4.2.2.1. Gefahrenabwehr im Inneren

Wenn es um neue ermittlungstaktische Verfahren geht, sind Innenminister immer gut darin, die geplanten Ausweitungen der Rechte für die Ermittlungsbehörden und die damit einhergehenden Einschränkungen der Bürgerrechte durch Euphemismen gegenüber der Bevölkerung zu verschleiern. Dies bleibt auch von der Bevölkerung nicht unbeachtet. So finden sich unter den Einsendungen Bezeichnungen wie die *tatunabhängige Vorfeldermittlung*, mit welcher die Ermittlungsbehörden auch ohne begangene Straftat umfangreiche Überwachungen eines jeden Bürgers durchführen dürfen, und der *Bundestrojaner* als beschönigende Bezeichnung für einen auch gegen deutsche Staatsbürger eingesetzten Computervirus, mit welchem alle Dateien eines Computers eingesehen und verändert, ja sogar theoretisch neue belastende auf diesem abgelegt werden können. Auch die Bezeichnung *Sprühregen* wurde mehrfach eingesendet. Der damalige Innenminister von Baden-Württemberg, Heribert Rech, bezeichnete damit den Einsatz der Polizei von Wasserwerfern bei Demonstrationen gegen das Bauprojekt Stuttgart 21, was angesichts der dadurch entstandenen Verletzungen bei – auch friedlichen – Demonstranten als stark beschönigender Euphemismus anzusehen ist⁹. Generell taucht auch immer wieder der Begriff *grundrechtschonend* auf, sobald von der Bundesregierung neue Gesetze vorgeschlagen werden, welche die Grundrechte der Bürger verletzen. *Grundrechtschonend* stellt nicht von vornerein einen Euphemismus dar, wurde

⁹ Beispielsweise verlor der sich im Ruhestand befindende Dietrich Wagner sein Augenlicht auf einem Auge, während das andere ebenfalls schwer verletzt wurde und nicht mal mehr zum Lesen ausreichen soll. Damit wurde er zum Symbol für die eingesetzte Härte der Polizei (vgl. Welt.de 2010b).

jedoch im Kontext schon als solcher verwendet. So sprach die damalige Justizministerin Zypries davon, dass die umstrittene Vorratsdatenspeicherung "so grundrechtschonend wie möglich" (Spiegel Online 2007) umgesetzt wurde. Damit gab die Justizministerin indirekt deren Unverträglichkeit mit dem Grundgesetz zu, da dessen umfassende *Schonung* wohl nicht möglich gewesen ist und es somit verletzt wurde, schaffte es aber beim unaufmerksamen Rezipienten durch die euphemistische Wirkung im ersten Moment eher eine gewisse Art der Zustimmung zu generieren, da niemand etwas gegen eine *Schonung des Grundrechts* haben kann.

4.2.2.2. Finanzpolitik

Zwar handelt es sich bei der Finanzpolitik eigentlich um ein separates Ressort der politischen Struktur; hier sollen unter diesem Punkt jedoch all jene euphemistischen Begriffe besprochen werden, die mit der Ausgabe von Steuergeldern zu tun haben. Denn sobald diese in nennenswerten Summen ausgegeben werden, erfindet die Regierung stets neue Formulierungen um diese Ausgaben gegenüber dem Steuerzahler durch euphemistische Sprachverwendung als notwendig zu rechtfertigen bzw. den Umfang dieser zu verschleiern. Vor allem nach der *Finanzkrise* – selbst dieser Begriff wurde 33 Mal eingesendet, unter anderem, weil es als Euphemismus den wahren Umfang verharmlosen soll – wurde nach den im Rahmen der daraufhin gestarteten Maßnahmen der Regierung zahlreiche Bezeichnungen von stets mehreren Personen eingesendet. So lässt der *Risikoschirm* nicht vermuten, dass Milliarden an Steuergeldern in Banken gesteckt werden, die als *systemrelevant* eingestuft und daher laut der vermittelten Bedeutung quasi gerettet werden müssen. Wer entscheidet, welche Bank als *systemrelevant* eingestuft wird bzw. welche Maßstäbe für diese Beurteilung angelegt werden, bleibt dabei ungeklärt. Es wird so nur auf euphemistische Weise versucht eine Art der Notwendigkeit zu suggerieren, wie es auch regelmäßig mit dem bereits in Kapitel 2.2 angesprochenen *alternativlos* getan wird. In der Diskussion um die Finanzkrise ergab sich auch der Übertrag des ursprünglich aus der Medizin stammenden Begriffs *Stresstest* in die politische Sprache. Der Begriff kann im politischen Kontext als Euphemismus angesehen werden, weil damit eine so umfangreiche Prüfung eines bestimmten Sachverhaltes – wie beispielsweise der damit bezeichneten Tests der Banken oder

dem Bahnprojekt Stuttgart 21 – suggeriert wird, dass dieser bei erfolgreichem Bestehen allen Schwierigkeiten standhält. *Stresstest* stellt die bisher am häufigsten eingesendete euphemistische Bezeichnung dar, auch wenn der Grund für die meisten Einsendungen sehr wahrscheinlich weniger in ihrer euphemistischen Wirkung, sondern eher in ihrer plötzlichen Omnipräsenz zu finden ist. Auch die Bezeichnung *staatliche Umweltprämie* kann als Euphemismus für die Abwrackprämie angesehen werden, welche nach der Finanzkrise in erster Linie die durch niedrige Exporte schwächelnde Autoindustrie in Deutschland ankurbeln sollte und nicht die Schonung der Umwelt im Vordergrund hatte. An der vom damaligen Intendanten des WDR gewählten Bezeichnung *Demokratie-Abgabe* für die GEZ-Gebühr stören sich ebenso einige Einsender. Diese wird zwar nicht direkt von Steuergeldern bezahlt, ist aber ebenso eine durch die Politik festgelegte Abgabe durch die Bürger, während der Intendant wiederum eine Stellung innehat, in welcher er diese Abgabe rechtfertigen muss und darum auf einen Euphemismus zurückgreift.

4.2.2.3. Flughafenausbau und Nachtflugverbot

In den vergangenen Jahren wurden immer wieder diverse Euphemismen - vornehmlich politischen Aussagen entnommen - eingesendet, welche der Diskussion um den Flughafenausbau bzw. das Nachtflugverbot an den Flughäfen in Frankfurt und Berlin entsprungen sind. So gehört die in diesem Zusammenhang entstandene Bezeichnung der *Tagesrandzeiten* mit über 100 Einsendungen zu den am häufigsten eingesendeten Euphemismen. Damit wird im Rahmen der Diskussion um das Nachtflugverbot gezielt der Ausspruch des Lexems *Nacht* in Verbindung mit genehmigten Flügen vermieden. Auch die gern gewählte Umschreibung als *Nachtflugverbot mit geplanten Ausnahmen* stellt eine euphemistische Äußerung dar, weil noch immer von einem *Nachtflugverbot* gesprochen wird, obwohl dieses durch die *geplanten Ausnahmen* ohne genauere Definition wieder entkräftet wird. Leider lässt sich nicht feststellen, wie viele von den Einsendern entsprechender Formulierungen selbst von der Thematik betroffen sind, der Anteil ist jedoch als hoch einzuschätzen. Darum wird die quantitative Masse an Einsendungen in dieser Arbeit im Vergleich nicht außerordentlich hoch gewichtet. Aufgrund der auffälligen Masse an Einsendungen über die vergangenen Jahre, der politischen Relevanz und

der verschleiern den Nutzung von Euphemismen durch die politischen Vertreter, sollte das Themenfeld hier jedoch nicht ausgelassen werden.

4.2.2.4. Energiepolitik

Es ist kaum verwunderlich, dass sich mit der Atomenergie eine der am heftigsten diskutierten Debatten in den Vorschlägen zum Unwort des Jahres widerspiegelt. Schon die – allerdings nicht eingesendete, weil mittlerweile von der Pejorisation betroffene – alternative Bezeichnung *Kernenergie* stellte ursprünglich einen Euphemismus dar. Die Verwendung der beiden geläufigen und negativ konnotierten Bezeichnungen wird nun von Verteidigern der Atomenergie, bis dato vor allem Mitgliedern der Bundesregierung und Energiewirtschaft, durch den Euphemismus *Brückentechnologie* vermieden oder zumindest durch ihn metaphorisch relativiert. Diese euphemistische Bezeichnung suggeriert eine gewisse zeitlich beschränkte Notwendigkeit der Technologie, damit wie bei einer Brücke das andere Ufer erreicht wird, was eine bessere Technologie wie erneuerbare Energien symbolisiert. Bereits in den 70er-Jahren wurde der Vorläufer *Überbrückungstechnologie* verwendet, welcher anscheinend ebenso der Pejorisation zum Opfer gefallen und deshalb durch *Brückentechnologie* ersetzt wurde, was in den vergangenen Jahren immer wieder eingesendet wurde. Die durch den Betrieb der Atomkraftwerke entstehenden Risiken in Form von gesundheitlichen Schäden und Katastrophen - wie in Tschernobyl und Fukushima geschehen - werden als *Restrisiko* bezeichnet und somit euphemistisch abgeschwächt. Es soll der Öffentlichkeit die Atomenergie "als harmlos, tragbar und als etwas, das man akzeptieren soll" (Strauß/Haß/Harras 1989: 517) vermitteln.

Eine zwar nicht nur auf diese Debatte beschränkte, aber im Zusammenhang der Nutzung von Atomkraftwerken oder Endlagerung von Atommüll gerne von Politikern gewählte euphemistische Formulierung ist auch die *ergebnisoffene Prüfung*. Der euphemistische Effekt wird hier durch die Bedeutungswiederholung erreicht, weil eine Prüfung generell ergebnisoffen ist, da eine Prüfung mit einem bereits festgelegten Ergebnis keine solche sein kann. Somit hat das Adjektiv keine wirklich beschreibende Funktion des Subjekts, suggeriert aber eine unerwartete Offenheit des entsprechenden Politikers, welcher die Bezeichnung verwendet, weil dessen Meinung zur entsprechenden Problematik in der Öffentlichkeit hinlänglich

bekannt ist. Dieser Pleonasmus wurde jedoch von vielen Bürgern als solcher erkannt, was sich an den mehrfachen Einsendungen der vergangenen Jahre zeigt.

4.2.2.5. Einwanderungspolitik

Die Migrationspolitik ist immer wieder geprägt von kontroversen neuen Wortschöpfungen. So finden sich in den Listen einige absolut unangemessene Begriffe, wie beispielsweise *Bestandsausländer*¹⁰ als Bezeichnung für vor Inkraftsetzung des neuen Zuwanderungsgesetzes in Deutschland lebende Ausländer, die tendenziell sogar als Dysphemismen bezeichnet werden könnten. Aber auch euphemistische Bezeichnungen sind vor allem bei den in der Öffentlichkeit oft gerügten Abschiebungen zu finden. So werden die Menschen mit *Migrationshintergrund* – als mittlerweile durchgesetzte euphemistische und sehr oft eingesendete Bezeichnung für Ausländer, mit deren Hilfe auch oftmals die Möglichkeit einer versehentlichen Pauschalisierung von Menschen einer gewissen Nationalität vermieden wird – nicht mehr einfach nur abgeschoben. Stattdessen werden sie einer *freiwilligen Ausreise* unterzogen, denn von einer *Ausreise* zu sprechen macht sich in der Öffentlichkeit deutlich besser als die tatsächliche Abschiebung. Diese wird auch nicht mehr in den alten Abschiebehaftanstalten, sondern in *Ausreisezentren* vollzogen, in denen eingereiste Ausländer eine Beratung erhalten, damit sie schlussendlich *freiwillig ausreisen*. Dass diese Freiwilligkeit bezweifelt werden kann, war ein Grund dafür, weshalb die *freiwillige Ausreise* im Jahre 2006 von der Jury zum Unwort des Jahres gewählt wurde¹¹. Auch bei der aus der Behördensprache stammenden *kindgerechten Abschiebung* stellt sich die Frage, was mit *kindgerecht* gemeint ist, und ob eine *Abschiebung* mit der Voranstellung dieses Adjektivs überhaupt in der Realität existieren kann. Es stellt somit durch die mildernde Funktion einen verhüllenden Euphemismus dar, weil zumindest die Abschiebung klar ist, was beim verschleiernenden Euphemismus *freiwillige Ausreise* eindeutig nicht der Fall ist. Zusammenfassend kann man zur Sprache innerhalb der Migrationspolitik sagen: Wenn letztendlich mehr *Menschen mit*

¹⁰ Diese Bezeichnung soll eine genauere Differenzierung zwischen vor und nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes ermöglichen, da mit diesem Stichtag unterschiedliche Rechte und Pflichten der in Deutschland lebenden Ausländer in Kraft treten.

¹¹ Siehe: <http://www.unwortdesjahres.net/index.php?id=34> [Stand: 01.07.2013].

Migrationshintergrund freiwillig ausgereist als in den *Begrüßungszentren* – dies ist die offizielle Bezeichnung für die Auffanglager von Flüchtlingen – angekommen sind, dann spricht man nicht von einer höheren Abschieberate, sondern von einer *Minuszuwanderung*. Man tut somit alles, um den belasteten – man kann schon fast sagen tabuisierten – Begriff *Abschiebung* in all seinen Formen möglichst zu vermeiden.

4.2.3. Außen- bzw. Verteidigungspolitik

Wie im dritten Kapitel festgestellt, lassen sich vor allem in mit Leid verbundenen Themenbereichen zahlreiche Euphemismen finden. Es ist somit nicht verwunderlich, dass ein großer Anteil von Euphemismen der politischen Sprache im militärischen Sprachgebrauch entstanden sind, da dieser im direkten Zusammenhang mit einem der für Menschen schrecklichsten Ereignisse steht: dem Krieg und damit verbunden dem Tod (vgl. Luchtenberg 1985: 44). Diese quantitative Masse an militärischen Euphemismen entstand daraus, dass verhüllende Euphemismen aus der Soldatensprache (*Landsersprache*) übernommen wurden, in welcher sie zur besseren Bewältigung der schlimmen Erlebnisse beigetragen haben, während die federführenden politischen Amtsträger durch die Rechtfertigung der kriegerischen Taten gegenüber der Öffentlichkeit zahlreiche verschleiernde Euphemismen in die Sprache eingeführt haben (vgl. Luchtenberg 1985: 48). Von diesen verschleiernde Euphemismen werden jährlich zahlreiche zur Wahl des Unwort des Jahres eingesendet. Vor allem jegliche euphemistische Ersatzbezeichnungen um das Tabu-Wort *Krieg* zu vermeiden - egal wie offensichtlich dieser zu sein scheint - fallen hierbei auf. Dazu zählen Euphemismen wie *friedens erzwingende Maßnahme*, *Auslandseinsatz*, *humanitärer Kampfeinsatz* oder der *Stabilisierungseinsatz*. Auch durch euphemistische Hinzufügungen wird eine Abschwächung des Kriegsbegriffes erreicht. So ist ein *Krieg gegen den Terror* bzw. der *Anti-Terror-Krieg* deutlich leichter zu rechtfertigen als wenn lediglich von einem Krieg ohne eine solche Hinzufügung gesprochen wird. Denn *Terror* ist im Allgemeinen schlecht und es ist daher legitim diesen zu bekämpfen. Dass der Krieg tatsächlich aber eventuell gegen ein bestimmtes Land geführt wird, kann dabei schnell ausgeblendet werden. Ähnlich verhält es sich mit dem vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig

abgelehnten Gesetzesentwurf, welcher der Regierung im Entführungsfall den Abschuss von Passagiermaschinen erlauben sollte. Von den Befürwortern, in erster Linie vom damaligen Verteidigungsminister Schily, wurde eine solche Situation als *Quasi-Verteidigungsfall* bezeichnet und der Abschuss dadurch gerechtfertigt. Hier wird verschleiert, dass ein klassischer Verteidigungsfall in Form eines bereits stattgefundenen oder zumindest sicher bevorstehenden Angriffes nicht gegeben ist und Menschen somit geopfert werden, weil eventuell ein Angriff hätte stattfinden können, aber eben nicht müssen. Auch für einzelne Waffentechnologien werden gerne Euphemismen verwendet. So beschrieb Verteidigungsminister de Maizière die umstrittenen Kampfdrohnen beispielsweise als *ethisch neutrale Waffen*, während sich ein Verbund aus zwei der größten Rüstungskonzerne als *Gesellschaft für intelligente Wirksysteme* bezeichnet, wobei *Wirksystem* lediglich eine verschleierte Bezeichnung für *Munition* darstellt.

4.3. Akteure und Medien

Nach der Untersuchung der eingesendeten Vorschläge zum Unwort des Jahres lässt sich resümierend feststellen, dass in den vergangenen zehn Jahren kein einziger Euphemismus eingesendet wurde, der von einem Oppositionspolitiker in die öffentliche Diskussion eingebracht wurde – egal ob auf Landesebene oder auf Bundesebene. Dies deckt sich mit der im Vorfeld formulierten These, dass Euphemismen fast ausschließlich von Mitgliedern der Regierung verwendet werden (siehe Kapitel 3.5). Dabei kann ausgeschlossen werden, dass es sich dabei um parteiinterne Charakteristiken handelt, da im Untersuchungszeitraum mit der CDU, der SPD, den Grünen und der FDP in drei Regierungsperioden die vier größten Parteien an der Macht waren. Man kann also nicht behaupten, dass beispielsweise nur die CDU Euphemismen verwendet, während die Grünen auf Euphemismen verzichten und immer offen in der Öffentlichkeit über Probleme sprechen. Von Mitgliedern aller Parteien finden sich zur jeweiligen Regierungsphase verwendete Euphemismen unter den Vorschlägen. Es scheint sich in der Praxis zu bewahrheiten, dass Oppositionsmitglieder äußerst selten in eine solche Erklärungsnot geraten, in der sie von Euphemismen Gebrauch machen müssen. Allerdings sollte vor einer vorschnellen Verallgemeinerung der Ergebnisse dieser exemplarischer Untersuchung

eine Einschränkung auf die verschleiernenden Euphemismen getroffen werden, da verhüllende Euphemismen nur bedingt genügend Aufmerksamkeit erzeugen, um sich unter den Einsendungen wiederzufinden. So ist es durchaus möglich, dass verhüllende Euphemismen in einem ähnlichen Umfang auch von oppositionellen Politikern verwendet werden, vor allem durch den Sprachgebrauch der Political Correctness. Auch soll damit nicht ausgeschlossen werden, dass verschleiernde Euphemismen von Oppositionsmitgliedern verwendet werden. Dies scheint nur deutlich seltener der Fall zu sein, da ein solcher Fall unter den vorliegenden Daten nicht zu finden war. Um diese – hier nur nebensächlich behandelten – Thesen endgültig verifizieren zu können, benötigt es einer ausführlicheren Untersuchung von oppositionellen Quellen, die im Rahmen dieser Arbeit nicht erfolgen wird.

Bei der quantitativen Betrachtung der Einsendungen hat sich zudem gezeigt, dass extreme Unterschiede bestehen, welche nicht auf die Qualität bzw. den Grad der euphemistischen Wirkung zurückzuführen sind. So haben sich zwar gewisse dominierende Themenfelder ergeben, jedoch wurden manche euphemistischen Bezeichnungen und Formulierungen nur einmalig eingesendet, während andere teilweise über 100 Einsendungen vorweisen können. Mit einer größeren Nähe zur Lebenserfahrung lässt sich dieser Umstand auch nur bei wenigen Euphemismen erklären. Was jedoch auffällt, ist die vergleichsweise längerfristige mediale Präsenz der sehr oft eingesendeten Euphemismen. Dies scheint den zuvor im theoretischen Teil vermuteten Mechanismus, dass Medien bei der Verbreitung von Euphemismen eine entscheidende Rolle spielen, zu bestätigen (siehe auch Luchtenberg 1985: 180).

4.4. Schlussfolgerung für die weitere Analyse

Wie in diesem vierten Kapitel dargestellt, hat die Untersuchung der eingesendeten euphemistischen Vorschläge zum Unwort des Jahres einige Themenfelder hervorgebracht, welche zahlreiche von der Öffentlichkeit identifizierte Euphemismen aufweisen. Diese Daten werden zur Auswahl des exemplarisch untersuchten Themenfeldes im folgenden Kapitel verwendet werden. Für eine genauere Untersuchung von Euphemismen in der politischen Sprache muss jedoch zuerst geklärt werden, wie die zu untersuchenden politischen Euphemismen definiert werden, um so schrittweise zu einem Forschungskorpus zu gelangen. So sollen hier

solche Euphemismen im Fokus der Untersuchung stehen, welche offensichtlich von Politikern gebildet und somit in die Öffentlichkeit getragen wurden sowie einen bestimmten Sachverhalt gezielt verschleiern. Ein solcher Nachweis ist kaum mit absoluter Gewissheit zu erbringen, gilt aber als gegeben, sollte nach ausführlicher Recherche in Literatur und Internet keine vorherige Verwendung der entsprechenden euphemistischen Äußerung außerhalb der politischen Sprache gefunden werden. Aus dem alltäglichen Sprachgebrauch übernommene Euphemismen, sprich in der Regel verhüllende wie *entschlafen*, werden dadurch ausgeschlossen und sollen nur betrachtet werden, sollte die Verwendung dieser in Verbindung mit den verschleiernenden zu beobachten sein. Diese Einschränkung wurde getroffen, da der manipulative Kern von verschleiernenden Euphemismen das wichtigste euphemistischste Mittel der politischen Sprache darstellt (siehe auch Schröter/Carius 2009: 40).

Bei der Wahl eines bestimmten Politikfeldes für die Untersuchung sollte der Grad an Spielraum subjektiver Meinung möglichst gering sein; denn wie in Kapitel 3.1 dargestellt, spielt diese für die Wahrnehmung von Euphemismen eine entscheidende Rolle, was dazu führt, dass die Definition einer bestimmten Wortwahl als euphemistisch verschleiern umstritten sein kann. Wenn man erneut die in Kapitel 4.3 erläuterten Euphemismen betrachtet, dann wird man innerhalb einer größeren Gruppe von Personen feststellen können, dass Themen wie die Energie- oder Finanzpolitik schnell zu unterschiedlichen Ansichten führen und daher auch bei der Wahrnehmung bestimmter Bezeichnungen als Euphemismen Unterschiede auftreten können. Aufgrund dieser Tatsache wurde hier die Verteidigungspolitik gewählt. Wenn Staaten angreifen und Menschen dabei sterben, dann fällt die Verschleierung dieser Handlungen deutlich schwerer, weil die Bewertung der Tat an sich weniger von subjektiven politischen Einstellungen abhängt als es bei anderen Politikfeldern der Fall ist. Im fünften Kapitel werden darum Euphemismen in der Verteidigungspolitik daraufhin untersucht, ob diese tatsächlich gezielt dazu eingesetzt werden, bestimmte Sachverhalte auf trügerische Art und Weise gegenüber der Bevölkerung zu verschleiern.

Desweiteren wurde in diesem Kapitel die Bedeutung der Medien für die Verbreitung von Euphemismen der politischen Sprache verdeutlicht. Zwar war im Vorfeld klar, dass Politiker die Medien als Distributor für ihre Euphemismen nutzen, da ihre Äußerungen über diese der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden; jedoch

stellten sich bei der quantitativen Betrachtung der Einsendungen deutliche Unterschiede heraus, welche auf eine wechselnde Form der Spiegelung von Euphemismen durch die Presse schließen lassen. Darum soll dieser wichtige Aspekt auch im Rahmen der vorliegenden Arbeit einen eigenen Untersuchungsteil erhalten, indem untersucht wird, in welcher Form die zuvor definierten politischen Euphemismen durch die Medien verbreitet werden. Geschieht die Verbreitung unreflektiert, übernimmt der Autor also lediglich die neue euphemistische Bezeichnung, oder findet eine kritische Auseinandersetzung mit dem euphemistischen Sprachgebrauch oder zumindest eine Markierung in Form von Zitation statt? Dies soll anhand einer exemplarischen Untersuchung im sechsten Kapitel analysiert werden.

5. Euphemismen in der politischen Sprache am Beispiel der Verteidigungspolitik

Im folgenden Kapitel soll nun, nach der theoretischen Analyse von politischer Sprache und politischen Euphemismen sowie der Untersuchung von deren öffentlicher Wahrnehmung, exemplarisch anhand des Themenfeldes der Verteidigungspolitik untersucht werden, ob man regierenden Politikern eine absichtliche Verschleierung mithilfe von Euphemismen nachweisen kann. Hierfür erfolgt zunächst eine Erläuterung des Forschungskorpus (5.1) an die sich die Untersuchung anschließt (5.2).

5.1. Forschungskorpus

Wie im Verlaufe dieser Arbeit dargelegt, handelt es sich sowohl bei politischer Sprache als auch bei Euphemismen um in höchst unterschiedlichem Maße auftretende Phänomene. Daher muss im Rahmen dieser Arbeit eine strenge Eingrenzung bei der Zusammenstellung des Forschungskorpus erfolgen.

Weshalb hier die Wahl des zu untersuchenden politischen Ressorts auf die Verteidigungspolitik gefallen ist, wurde bereits im vorherigen Kapitel erläutert. Als spezifisches Untersuchungsthema wird hierbei der Afghanistan-Krieg fungieren, da

zuvor festgestellt wurde, dass zahlreiche euphemistische Bezeichnungen als Vorschlag zum Unwort des Jahres eingendet wurden, welche den Begriff *Krieg* umschreiben. Für die Untersuchung der im Vorfeld formulierten Hauptthese wird sich diese Arbeit auf Interviews, Presseerklärungen und Reden von deutschen Bundesministern der Verteidigung stützen, welche das Amt im Verlaufe des andauernden Afghanistan-Krieges innehatten. Diese Entscheidung wurde getroffen, weil die Verwendung von Euphemismen im Sprachgebrauch der Bundesminister – gemäß der Hypothese – durch die gegenüber der Öffentlichkeit darzulegende Rechtfertigung über die Taten der ihnen unterstehenden Bundeswehr zu erwarten ist. Dies wird nicht zuletzt durch die – auf interessante Antworten abzielenden – Fragen des Journalisten erzeugt, weshalb das Interview bzw. die Pressekonferenz schnell Euphemismen zur Beschönigung von Sachverhalten erzeugen, welche in anderen Situationen eventuell gänzlich vermieden würden. Auf die Aufnahme spontaner Aussagen oder kleinerer Kurzinterviews in das Forschungskorpus wurde bewusst verzichtet, da sich die Untersuchung aufgrund der Komplexität vieler Euphemismen auf den wohlüberlegten Sprachgebrauch der politischen Sprache konzentrieren soll. Spontane Äußerungen könnten das Ergebnis durch unüberlegte Antworten, welche nicht den durchdachten, manipulativen Kern politischer Sprache treffen, verfälschen. Reden sind vor dem Vortragen akribisch und bei den hier untersuchten Spitzenpolitikern mit Hilfe von mehreren Mitarbeitern vorbereitet, und auch vor Pressekonferenzen findet eine ausführliche Vorbereitung und bedachter Sprachgebrauch statt. Bei den in das Korpus aufgenommenen Interviews mit auflagenstarken Zeitungen kann ebenso davon ausgegangen werden, dass eine solche ausführliche Vorbereitung oder gar eine nachträgliche Redaktion durch die Bundesminister stattgefunden hat. Somit wurden für die Recherche die vom Verteidigungsministerium archivierten Reden und Pressekonferenzen der Verteidigungsminister sowie deren Interviews mit auflagenstarken Zeitungen und Zeitschriften gezielt nach euphemistischen Aussagen zur Beteiligung Deutschlands in Afghanistan durchsucht. Die prägnantesten dieser Aussagen sollen nun im folgenden Teilkapitel vorgestellt werden.

5.2. Euphemismen zur Legitimierung des Afghanistan-Krieges

Vor allem nach den zwei Weltkriegen vollzog sich weltweit ein sprachlicher Wandel, bei dem Euphemismen eine große Rolle spielten. So wurden in der ganzen Welt *Kriegsminister* zu *Verteidigungsministern* und dementsprechend die *Kriegsministerien* zu *Verteidigungsministerien*. Dies mag als Zeichen des internationalen Willens zum Frieden gewertet werden, sollte aber eher als Aufwertung und damit Legitimation der entsprechenden Ministerien vor der eigenen Bevölkerung angesehen werden (vgl. Luchtenberg 1985: 40). Zöllner formuliert daher: "Niemand kann etwas gegen Verteidigung haben, und so ist es auch einfacher das *defense budget* zu erhöhen, als Gelder für die Kriegsführung zu bewilligen" (Zöllner 1997: 375). Den entscheidenden Grund für diesen sprachlichen Wandel stellt mit Sicherheit der Zweite Weltkrieg dar, der die internationale Politik nicht zuletzt durch zahlreiche Bündnisse wie die NATO nachhaltig geprägt hat. Im Zuge der Gründung der Bundesrepublik durch das Grundgesetz wurde in diesem auch festgelegt, dass die Bundeswehr als neue militärische Kraft Deutschlands ausschließlich eine Armee für den Verteidigungsfall darstellt. Die Beteiligung an einem Krieg ist der Bundeswehr somit laut Grundgesetz nicht gestattet, sollte sie nicht in Folge eines Angriffes handeln.

Dem Grundgesetz entsprechend wollte darum offenbar auch der damalige Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik (fortan: Verteidigungsminister) Peter Struck handeln, als er 2003 bei einer Rede die Beteiligung Deutschlands in Afghanistan damit begründete, "dass unsere [Deutschlands] Sicherheit eben auch am Hindukusch verteidigt wird" (Bundesministerium der Verteidigung 2003)¹². Bei dieser Aussage handelt es sich um einen syntaktischen Euphemismus, da die Tatsache des aktiven und offensiven Eingreifens in einen Konflikt eines souveränen Staates unter dem Deckmantel der Verteidigung verhüllt wird. Deutschland war genau wie jedes andere Land innerhalb der EU zu diesem Zeitpunkt noch kein Ziel von Angriffen oder Drohungen geworden. Von einem Akt der Verteidigung kann also kaum gesprochen werden, da sonst in aller Welt mit einer solchen Argumentation militärisch gehandelt werden könnte.

¹² Das erste Mal verwendete Struck diese Redewendung bei einer Pressekonferenz am 05.12.2002, nachdem ihn ein Journalist direkt gefragt hatte, ob man von einer Verteidigung am Hindukusch sprechen könne (vgl. Bundesministerium der Verteidigung 2002). Diese – vielleicht im ersten Moment unbedachte – Äußerung Strucks wiederholte er daraufhin mehrfach, womit sie zu der prägendsten seiner politischen Karriere avancierte.

Im Anschluss an diesen Satz fuhr Struck fort: "Die Übergänge zwischen friedlicher Krisenbewältigung mit militärischen Mitteln und Selbstverteidigung und Kampf können dabei fließend sein" (Bundesministerium der Verteidigung 2003). Auch dieser Satz stellt gleich in mehrfacher Hinsicht einen Euphemismus dar. Struck zählt eine Reihenfolge von möglichen Szenarien auf, ohne diese genauer in ihrem Ausmaß oder ihrer Eintreffwahrscheinlichkeit zu konkretisieren. Dies erreicht er, indem er die Übergänge als möglicherweise "fließend" darstellt, womit er nicht ausschließt, dass ein Kampf auftreten kann, dieser aber durch seine zweitrangige Position im Satz und die gewählte Wortwahl als eher unwahrscheinlich erscheint. Bei seiner Aufzählung beginnt er mit einer "Krisenbewältigung", die ein lobendes Ziel sein mag und mit dem vorangestellten *friedlich*, welches sich aus dem Symbolwort *Frieden* ableitet, kaum abzulehnen ist. Eine solche friedliche Lösung mag generell – in diesem Falle hätte dies wohl zu keinem Erfolg geführt – mit politischem Engagement erreichbar sein, "mit militärischen Mitteln" jedoch nicht. Dabei handelt es sich bei "militärischen Mitteln" bereits um einen verhüllenden Euphemismus, denn Struck mildert damit die Wirkung beim Adressaten über die gemeinte Anwendung von jeglichem Kriegswerkzeug wie Waffen und Panzern sowie das Entsenden von Soldaten, auch wenn allgemein bekannt ist, was darunter verstanden wird.

Eine "friedliche Krisenbewältigung mit militärischen Mitteln" kann somit sogar als Oxymoron angesehen werden, da bereits die Androhung von Waffengewalt durch den Einmarsch mit diesen "militärischen Mitteln" als Form von Gewalt angesehen werden kann und daher nicht als friedlich einzustufen ist. Struck verwendet diese Nominalphrase in Hinsicht auf den bevorstehenden Waffengebrauch also euphemistisch. Zusätzlich spricht er von *Selbstverteidigung*, bei welcher es sich um eine gesellschaftlich verstärkt akzeptierte Form von Verteidigung handelt. Obwohl in der Bedeutung des militärisch gebrauchten Wortes Verteidigung bereits klar die Verteidigung des Agierenden inkludiert ist – wenngleich man auch eine dritte Person verteidigen kann, wird die eigene Verteidigung sinngemäß zwingend mit eingeschlossen¹³ – wurde hier das Präfix *Selbst-* vorangestellt. Der Unterschied zwischen den beiden Wörtern liegt darin, dass man bei einer *Selbstverteidigung* davon ausgeht, dass die Verteidigung meist unvorbereitet aus einem Angriff

¹³ Zwar kann eine Verteidigung beispielsweise auch durch einen Strafverteidiger erfolgen, welcher dann nur seinen Klienten und nicht sich selbst verteidigt, jedoch verhält sich dies im militärischen Zusammenhang, in welchem das Wort hier verwendet wird, anders. Eine ursprünglich unbeteiligte Armee kann tatsächlich eine sich in Kampfhandlungen befindende verteidigen, muss sich dann jedoch gegen die nun ihr entgegengebrachten Angriffe verteidigen.

hervorgeht, während eine *Verteidigung* auch präventiv aufgestellt werden kann. *Selbstverteidigung* wird daher auch in der Rechtssprache synonym zur *Notwehr* verwendet, bei welcher der sich Verteidigende keine andere Wahl hatte, als sich mit einem eigenen Angriff – eventuell sogar präventiv – zu wehren. Daher spricht man auch von einem "Recht auf Selbstverteidigung" (Duden 2011: 1529, Stichwort: Selbstverteidigung). Damit übernimmt auch dieser Begriff eine starke euphemistische Funktion in der Phrase; denn wenn die damit auszudrückende Bedeutung – also die aktive Intervention in Afghanistan – bereits einer Verteidigung im ursprünglichen Sinne nicht gerecht wird, dann stellt die Verwendung des Begriffes *Selbstverteidigung* eine noch intensivere Beschönigung des Sachverhaltes zum Zwecke der Legitimation der eigenen Entscheidung dar.

Die darauffolgende Hervorhebung Strucks der "humanitären Hilfe" der Soldaten in Afghanistan appelliert durch die Verwendung des Adjektivs *humanitär* an die *menschlich gesehene Notwendigkeit* der Hilfe und verschleiert dabei, dass mit diesem angelegten Maßstab zahlreiche Einsätze in anderen Ländern erfolgen müssten, in welchen teilweise noch schlimmere Verhältnisse vorherrschen (beispielsweise in afrikanischen Ländern, die von brutalen Bürgerkriegen gezeichnet sind). Daher kann auch dies im Kontext in mehrfacher Hinsicht als verschleiender Euphemismus angesehen werden, denn mit der *humanitären Hilfe* ist in Strucks Rede nichts anderes als der Einmarsch der eigenen Truppen gemeint. Es soll hier zwar nicht bezweifelt werden, dass tatsächlich auch humanitäre Hilfe im Land geleistet wurde, jedoch lässt die unverhältnismäßige Hervorhebung dieser eher kleinen Komponente der Beteiligung in Afghanistan den Rezipienten absichtlich die damit inkludierten Kampfhandlungen außer Acht lassen. Wenn man die zahlreichen humanitäre Hilfe benötigenden Situationen in der Welt betrachtet, welche teilweise sogar geographisch näher und zudem als gravierender einzustufen sind, kann die *humanitäre Hilfe* daher nicht als hinreichende Begründung für den Einsatz fungieren und dient durch ihren euphemistischen Effekt lediglich der Legitimation der Kriegsbeteiligung gegenüber der Öffentlichkeit.

Auch Jahre später weigerte sich Strucks Nachfolger im Amt, Franz Josef Jung, weiterhin, den Einsatz in Afghanistan als Krieg zu bezeichnen, obwohl auf deutscher Seite bereits knapp zwei Dutzend tote und zahlreiche verletzte Soldaten zu verzeichnen waren (vgl. iCasualties.org 2013). In der Medienlandschaft und dem

alltäglichen Sprachgebrauch hatte sich der *Afghanistan-Krieg* als Bezeichnung für die Lage in Afghanistan zunehmend durchgesetzt, und so wurde er in einem Interview der Frankfurter Rundschau direkt darauf angesprochen, ob es nicht an der Zeit sei, "den Einsatz endlich als das zu bezeichnen, was er in Wirklichkeit längst ist: ein Krieg" (Hebestreit/Kröter 2009). Jung erwiderte darauf:

Ich halte es für falsch, von einem Krieg zu sprechen. Es ist ein Stabilisierungseinsatz. Denn allein militärisch werden wir in Afghanistan keinen Erfolg haben. Ein Krieg wird nur militärisch geführt. Im Krieg findet kein Wiederaufbau statt, kein Bau von Schulen oder Krankenhäusern, im Krieg werden keine einheimischen Streitkräfte ausgebildet. In Afghanistan ist kein Krieg. (Hebestreit/Kröter 2009)

Somit spielt er den Krieg als "Stabilisierungseinsatz" auf euphemistische Weise herunter und legitimiert seine Wortwahl mit absurden Aufzählungen, welche einen Krieg nicht mehr zum Krieg machen sollen. Doch nur, weil in vorherigen Kriegen keine Schulen gebaut wurden, heißt das nicht, dass dadurch nicht mehr von einem Krieg gesprochen werden kann. Es wäre ebenso absurd gewesen, den zweiten Weltkrieg nicht mehr als solchen zu bezeichnen, wenn die Alliierten in bereits eroberten Gebieten mit dem Wiederaufbau begonnen hätten, denn genau dies ist in Afghanistan geschehen. Somit hat sich der Krieg nur in seiner Form gewandelt, dies stellt allerdings keinen hinreichenden Grund dar, um die Abwesenheit eines Kriegszustandes in Afghanistan zu propagieren. Jedoch erreicht Jung damit bei einem Adressaten, der nicht über die nötige Sachkenntnis zur Situation in Afghanistan verfügt, eine gewisse Form der Zustimmung, da dieser gedanklich einen Vergleich mit vergangenen Kriegen vornimmt und feststellt, dass es diese Dinge tatsächlich zuvor nicht in Kriegen gegeben hat. Er umgeht somit eine Definition von Krieg, welche auf Afghanistan hätte angewendet werden können, mithilfe einer euphemistischen Litotes. Verstärkt wird der euphemistische Effekt von Jungs Aussage durch den abschließenden Satz "in Afghanistan ist kein Krieg" (Hebestreit/Kröter 2009), welcher dem Adressaten in seiner zu ziehenden Schlussfolgerung quasi auf die Sprünge hilft. Somit dient Jungs Satzgefüge der Verhüllung negativer Tatsachen, indem er durch die Verwendung der Litotes nur die positiven Aspekte nennt und somit hervorhebt, während er die negativen gezielt auslässt.

Dass diese Strategie Methode hat, belegt ein weiteres Zitat Jungs, nachdem durch einen von deutschen Kräften unterstützten *Militärschlag* – durch seine leicht

verhüllende Wirkung kann diese Bezeichnung ebenfalls als ein Euphemismus für einen offensiven Angriff gewertet werden – auf zwei Tanklaster neben den eigentlichen Zielen auch dutzende Zivilisten starben (vgl. FOCUS Online 2009b). So sagte Jung, als er wieder auf die Bezeichnung der Situation in Afghanistan als Krieg angesprochen wurde: "Das ist die völlig falsche Wortwahl, da Krieg Zerstörung bedeutet" (FOCUS Online 2009b). Angesichts der damals aktuellen Ereignisse war diese Formulierung wohl eher unangemessen, denn die gezielte Bombardierung der Tanklaster tötete durch ihre enorme Kraft sogar weiter entfernte Zivilisten. Sie zeigt aber, wie Jung sich scheinbar selbst auf die euphemistischen Antworten trainiert hat, um die Bezeichnung eines Krieges als unzutreffend begründen zu können und damit den Sachverhalt zu beschönigen. Somit verwendet Jung den Begriff *Krieg* ausschließlich zum Zwecke der ausdrücklichen Verneinung. Stattdessen verwendet er stets den Euphemismus *Stabilisierungseinsatz*, da eine *Stabilisierung* nicht mit Waffen, Kämpfen oder gar Krieg konnotiert wird und niemand etwas dagegen haben kann, wenn Deutschland anderen Menschen in der Welt hilft, die Lage vor Ort zu *stabilisieren*. Denn wie diese *Stabilisierung* erreicht wird, das hinterfragen wohl nur wenige in der Bevölkerung, die nicht bereits wissen, dass Deutschlands Soldaten in Afghanistan nicht mit Mörtel, sondern mit Waffen *stabilisieren*.

Das Tabu der Verwendung des Kriegsbegriffes brach erst Jungs Nachfolger Karl-Theodor zu Guttenberg, welcher als erster Verteidigungsminister der Bundesrepublik sagte, man könne "umgangssprachlich in Afghanistan von Krieg reden" (Guttenberg 2010). Um die vorherige politische Tabuisierung des Kriegsbegriffes zu verdeutlichen titelten daraufhin einige Zeitungen, wie beispielsweise der Stern, dass Guttenberg das "K-Wort" (Stern.de 2010) in den Mund genommen habe. Zwar ging diesem Zitat ein Angriff auf deutsche Soldaten voraus, bei dem einige von ihnen getötet wurden, dies war jedoch nicht der erste Angriff auf deutsche Soldaten mit Todesopfern. Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass zumindest sein direkter Vorgänger Jung zu der gleichen Bewertung der Lage gekommen ist, dies aber nicht öffentlich kund getan hat. Dass zu Guttenberg diese Tradition gebrochen hat, liegt wohl – neben dem wachsenden Druck durch die Opposition und weite Teile der Öffentlichkeit – auch an seiner generellen Art der Eigendarstellung gegenüber der Öffentlichkeit. So wollte er sich durch die – mittlerweile überfällige – öffentliche Bezeichnung der Lage in Afghanistan als (zumindest "umgangssprachlich") Krieg wohl in besonderem Maße hervorheben, wie es die Werbung in den vergangenen

Jahren durch den bewussten Verzicht auf Euphemismen teilweise tut (vgl. Janich 2010: 198). Jedoch ist es ein Indiz mehr dafür, dass seine Vorgänger bewusst auf die Verwendung des Kriegsbegriffes verzichtet haben, um die Öffentlichkeit über den tatsächlichen Sachverhalt hinweg zu täuschen und damit die eigene Entscheidung der militärischen Beteiligung in ein besseres Licht zu rücken, um somit den persönlichen Machterhalt zu sichern. Zu beachten ist allerdings auch hier, dass nicht eindeutig von einem Krieg gesprochen wurde, sondern dieser nur "umgangssprachlich" als solcher zu bezeichnen gewesen sei. Dies dient als Hintertür und relativiert die Aussage, da sich nachträglich bei Bedarf immer wieder darauf bezogen werden kann, dass von einem tatsächlichen Krieg nie die Rede gewesen ist. Der Begriff *umgangssprachlich* übernimmt durch die dadurch erreichte Vagheit der Aussage somit eine euphemistische Rolle, wodurch erneut kein offizieller Kriegszustand gegenüber der Öffentlichkeit verkündet wurde.

5.3. Die Vermeidung des Kriegsbegriffes aus juristischen Gründen

Es lässt sich nun darüber streiten, ob die Vermeidung des Kriegsbegriffes bei der Beschreibung der Lage in Afghanistan nur aufgrund der juristischen Relevanz, oder auch zur Verschleierung erfolgt ist. Dieses Argument wurde in der öffentlichen Debatte von Mitgliedern der Regierungsparteien immer wieder angebracht, da ein offizieller Kriegszustand bei einem Konflikt Auswirkungen auf die vom Völkerrecht zugesagten Rechte der Kämpfer beider Parteien hat. Die Frage, was bei dem euphemistischen Sprachgebrauch im Vordergrund gestanden hat, lässt sich kaum mit absoluter Gewissheit beantworten. Trotzdem soll dieses wichtige Argument in dieser Arbeit keinesfalls ausgeblendet werden. Daher soll in diesem Teilkapitel kurz erläutert werden, warum die vorliegende Arbeit die Auffassung vertritt, dass das juristische Argument keine hinreichende Rechtfertigung für die verwendeten Euphemismen darstellt.

Die zentrale Überlegung bei der Formulierung dieser Nebenthese lässt sich schnell erläutern: Wenn man die Lage in Afghanistan aus juristischen Gründen nicht als Krieg bezeichnen konnte oder gar durfte, so hätte man in der Öffentlichkeit mindestens von einem *Kampfeinsatz* sprechen können, da dies zu keiner völkerrechtlichen Unterscheidung geführt und damit keinerlei Konsequenzen gehabt

hätte, aber trotzdem die Realität gegenüber der Öffentlichkeit genauer abgebildet hätte, als es der von der Regierung bevorzugte Euphemismus *Stabilisierungseinsatz* getan hat. Jedoch wurde die Bezeichnung *Kampfeinsatz* – der je nach subjektiver Einschätzung durchaus ebenso ein euphemistischer Effekt zugesprochen werden kann, der allerdings als schwächer einzustufen wäre – von Repräsentanten der Regierung scheinbar nur als letzter Ausweg zur Vermeidung des Kriegsbegriffes verwendet (vgl. Spiegel Online 2009b). Dies wird hier als Indiz dafür gesehen, dass die Verschleierung nach wie vor der Hauptgrund für die Verwendung des Euphemismus *Stabilisierungseinsatz* gewesen ist. So sagte Jung beispielsweise während seiner Amtszeit nach der Entsendung Deutschlands von einigen Kampfjets nach Afghanistan zu *Aufklärungszwecken*: "Aufklärung ist nicht Kampfeinsatz" (Friedmann/Hengst 2007). Dass diese *Aufklärungsarbeit* schnell in Angriffen resultiert, erfuhr die Öffentlichkeit spätestens zwei Jahre später nach dem von Deutschland angeordneten und bereits erläuterten Luftangriff auf die Tanklaster bei Kunduz. Auch nach der Entsendung einer *schnellen Einsatz-*, sprich Kampftruppe von Soldaten, sagte Jung bei einem Interview mit den Tagesthemen, es handele sich um "einen Stabilisierungseinsatz, nicht um einen Kampfeinsatz" (Wolf 2008). Somit wollte er sogar bewusst die Thematisierung von Kämpfen – in welche auch deutsche Soldaten nachweislich bereits mehrfach verwickelt waren – mit dem stärkeren Euphemismus *Stabilisierungseinsatz* vermeiden und damit die Lage in Afghanistan verschleiern.

Erst nach massivem Druck aus innenpolitischen und militärischen Kreisen, wie beispielsweise dem Soldatenbund, wurde der offizielle Status von der Bundesregierung im Februar 2010 letztendlich auf einen "bewaffneten Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts" (FAZ 2010) angehoben, was im Völkerrecht die ursprüngliche Bezeichnung *Krieg* ersetzt hat. Somit wurde der Kriegszustand aus juristischer Sicht offiziell anerkannt, doch die Bezeichnung *Krieg* – welche anscheinend weltweit so tabuisiert wurde, dass sie sogar im Völkerrecht euphemistisch umschrieben wird – noch immer konsequent vermieden.

6. Spiegelung politischer Euphemismen in der Presse

In diesem Teil der Arbeit soll untersucht werden, wie die von Politikern verwendeten Euphemismen durch die Presse an die Öffentlichkeit getragen werden. Vermeidet ein Journalist die Euphemismen durch eine andere Wortwahl gänzlich, nutzt er kennzeichnende Maßnahmen wie die Zitation für euphemistische Aussagen von Politikern, prangert er sogar deren euphemistische Funktion an oder repliziert er sie lediglich unreflektiert? Diese vier Fälle sind bei einer Berichterstattung von politischen Aussagen möglich und sollen exemplarisch anhand einiger Beispiele auf ihr Auftreten in Printmedien untersucht werden. Nicht untersucht werden soll hingegen die generelle Nutzung von Euphemismen in der Presse oder gar die Bildung gänzlich neuer durch Journalisten. Hierzu gibt es ausführliche Fachliteratur, welche die Verwendung eines euphemistischen Sprachgebrauches in journalistischen Texten analysiert oder gar kritisiert (vgl. z.B. Enzensberger 1964: 60).

6.1. Forschungskorpus

Die große Vielfalt an unterschiedlichen Presseerzeugnissen, welche einen breiten Grad journalistischer Stile und Professionalität abbilden, muss durch eine sinnvolle Auswahl des Forschungskorpus ausgeglichen werden. Problematisch an dieser Vielfalt ist in erster Linie, dass auch viele Laien in kleineren journalistischen Erzeugnissen veröffentlichen dürfen und daher die Untersuchung der Übernahme von Euphemismen durch die Presse schnell verfälschen können. Darum beschränkt sich das Forschungskorpus in dieser Arbeit auf auflagenstarke und bundesweit erscheinende Presseerzeugnisse, da bei diesen von einem gewissen Grad an Professionalität der Autoren ausgegangen werden kann, um so für die Textsorte möglichst verallgemeinerbare Ergebnisse zu erhalten. Damit soll generell nicht ausgesagt werden, dass alle Journalisten kleinerer Lokalzeitungen einen für die Textsorte unangemessenen Stil verwenden und umgekehrt, jedoch wird durch diese Einschränkung von einer niedrigeren Fehlertoleranz ausgegangen.

Als Themenwahl wurden zum besseren Verständnis die Euphemismen der Verteidigungspolitik, genauer des Afghanistan-Krieges, gewählt, da diese bereits im vorherigen Kapitel untersucht wurden und daher nicht erneut analysiert werden

müssen. Zudem bietet das Thema den Vorteil, dass die euphemistischen Äußerungen, vor allem solche Ersatzbezeichnungen für den Afghanistan-Krieg, leichter von den Journalisten durch die Ursprung- oder eine nicht euphemistische Alternativbezeichnung ausgetauscht werden können. Dies gestaltet sich bei programmatischen Euphemismen wie beispielsweise der *tatunabhängigen Vorfeldermittlung* deutlich schwieriger, da für diese keine Ursprungsbezeichnung existieren, sondern lediglich deren Bedeutung erläutert werden könnte.

Für die Untersuchung wurden die großen Tageszeitungen und Periodika *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Rundschau*, *Spiegel*, *Stern*, *Die Welt* und *FOCUS* in ihren Online-Datenbanken nach Berichterstattungen zu den im vergangenen Kapitel untersuchten Reden, Pressekonferenzen und Interviews durchsucht, in denen der Afghanistan-Krieg mithilfe von lexikalischen Euphemismen umschrieben wurde. Syntaktische Euphemismen, wie die *Verteidigung Deutschlands am Hindukusch*, wurden dabei nicht berücksichtigt, weil deren euphemistische Bildungsweise zu komplex ist, sodass kein Übertrag des Euphemismus ohne wörtliche Zitation zu erwarten ist. Ursprünglich sollten für die Zusammenstellung des Forschungskorpus lediglich solche Berichte verwendet werden, welche kurz nach der euphemistischen Aussage eines Politikers veröffentlicht wurden. Das dadurch entstandene Forschungskorpus hätte es ermöglicht festzustellen, wie Journalisten mit auftretenden Euphemismen in Aussagen von Politikern direkt umgehen, in diesem Falle mit den Euphemismen für den Afghanistan-Krieg. Der Gedanke dahinter war, dass damit hätte geprüft werden können, ob ein Journalist die politischen Euphemismen wahrnimmt und wie er mit diesen umgeht, wenn die inhaltliche und nicht die sprachliche Komponente beim Schreiben des Artikels im Vordergrund steht. Ein zeitlich breiter gefächertes Korpus würde vielmehr untersuchen, für welche – eventuell euphemistische – Bezeichnung sich der Journalist selbst entscheidet. Hier würde dies bedeuten, dass die Untersuchung allgemeiner Artikel über die Lage in Afghanistan dazu führen würden, dass lediglich festgestellt werden kann, welche Benennung sich allgemein als Bezeichnung für den Afghanistan-Krieg in der Presse etabliert hat. Für das Fazit sollte festgestellt werden, ob ein bestimmter Umgang mit den Euphemismen die Artikel dominiert, daher war eine breite Berichterstattung über die Aussage des Politikers von Nöten.

Die Vermutung, dass gewisse mit politischen Euphemismen gefüllte Aussagen von Politikern in allen oder zumindest den meisten der untersuchten Presseerzeugnisse

mit einer Berichterstattung bedacht wurden, stellte sich bei der umfangreichen Recherche jedoch überraschenderweise als falsch heraus. Offensichtlich waren die Quellaussagen, welche die politischen Euphemismen enthielten, für die Medien nur bedingt von Interesse. Ein qualitativer Vergleich der direkten Übernahme bestimmter Euphemismen durch verschiedene Printmedien war somit aufgrund der Quellenlage nicht mehr im gewünschten Umfang möglich, weshalb eine Neuorientierung der Analyse geschehen musste.

Die Recherche hat jedoch gezeigt, dass zahlreiche Artikel und Kommentare in den durchsuchten Medien zu finden sind, welche den euphemistischen Sprachgebrauch der Politiker zum Thema Afghanistan kritisieren. Allerdings erfolgte diese kritische Auseinandersetzung fast ausschließlich erst einige Zeit nach einer euphemistischen öffentlichen Aussage eines Politikers, teilweise sogar erst Jahre später. Aufgrund dieser Tatsache wurden in das Forschungskorpus nicht mehr nur kurz nach einer entsprechenden Aussage, sondern zeitlich unbeschränkt erschienene Beiträge der zuvor genannten großen Presseerzeugnisse aufgenommen, in welchen die Euphemismen vorkommen oder gar thematisiert wurden. Bei der Recherche wurden die Online-Archive in erster Linie nach dem Euphemismus *Stabilisierungseinsatz* durchsucht – allerdings nur im Zusammenhang mit Afghanistan, da bei anderen Konflikten zunächst wieder bewertet werden müsste, ob die Verwendung des Begriffes einen Euphemismus darstellt. Durch diese Suchmethode fallen jedoch solche Beiträge aus dem Raster, in welchen der Afghanistan-Krieg bewusst nicht als *Stabilisierungseinsatz* bezeichnet und auf den Begriff gänzlich verzichtet wurde. Aufgrund der überwältigenden Masse an Artikeln rund um Afghanistan wäre eine qualitative Untersuchung aller Beiträge auf das mögliche gezielte Vermeiden der Euphemismen kaum möglich. Um solche Artikel trotzdem möglichst zu erfassen, erfolgte zudem eine Recherche von Artikeln über Afghanistan, die kurz nach der erneuten Verwendung des Begriffes durch den damaligen Verteidigungsminister Jung getätigt wurden. Bei den Aussagen, zu denen zusätzlich gezielt nach Artikeln gesucht wurden, handelt es sich um die beiden im vorherigen Kapitel erläuterten Äußerungen von Verteidigungsminister Jung in zwei verschiedenen Zeitungsinterviews, sowie eine seines offiziellen Sprechers Christian Dienst. Diese Wahl wurde getroffen, weil Jung maßgeblich für den verschleiernenden Sprachgebrauch innerhalb der Regierung gesorgt hat, indem er sich im Vergleich zu

seinen Vorgängern und auch Nachfolgern äußerst vehement mithilfe dieser verteidigt hat und kaum von ihnen abgewichen ist.

Das erste hier untersuchte Interview, in welchem Jung von einem *Stabilisierungseinsatz* sprach, erfolgte am 12.05.2009 (vgl. Hebestreit/Kröter 2009). Zwar beschrieb Jung die Beteiligung Deutschlands in Afghanistan schon früher als *Stabilisierungseinsatz*, allerdings wurden im Februar 2008 spezielle Kampfeinheiten nach Afghanistan geschickt, welche im Ernstfall schnell eingreifen und bei offensiven Operationen helfen sollten. Der euphemistische Effekt des Begriffes *Stabilisierungseinsatz* wird nach dem offiziellen Entsenden dieser Einheiten und dem damit indirekt übertragenen Kampfbefehl durch den Verteidigungsminister deutlich verstärkt. Von einem einfachen Stabilisierungseinsatz kann spätestens ab diesem Zeitpunkt nicht mehr gesprochen werden, wodurch die subjektive Komponente des Euphemismus vernachlässigt werden kann, welche zuvor noch zu möglichen differierenden Einstufungen des Begriffes als Euphemismus geführt haben könnte.

Das zweite Interview stammt vom 04.09.2009 (vgl. FOCUS Online 2009b) und wurde nach dem von deutscher Seite angeordneten Luftangriff auf zwei Tanklaster geführt, bei dem zahlreiche Zivilisten starben. Dieses wurde zusätzlich aufgenommen, weil die euphemistische Wirkung der ebenfalls in diesem Interview verwendeten Bezeichnung *Stabilisierungseinsatz* für den Krieg in Afghanistan nach dem Luftangriff als höher angesehen werden kann. Zusätzlich verwendete Jung in dem Interview den syntaktischen Euphemismus Krieg sei "die völlig falsche Wortwahl, da Krieg Zerstörung bedeutet" (vgl. FOCUS Online 2009b), was nach der Bombardierung eine besonders aussagekräftige Begründung darstellt, da sie die verschleierte Absicht Jungs verdeutlicht. In diesem Zusammenhang wird zudem die Aussage von Christian Dienst, damaliger Sprecher des Verteidigungsministers und damit einer Aussage durch diesen selbst fast gleichzusetzen, hinzugezogen, welcher am selben Tag bei einer Pressekonferenz sagte: "Es handelt sich um einen Stabilisierungseinsatz, zugegeben um einen recht robusten Stabilisierungseinsatz, der Kampfhandlungen miteinschließt" (Spiegel Online 2009a). Durch die Aufnahme dieser letzten zwei Aussagen bei der Recherche lässt sich prüfen, ob nach dem Luftangriff, der hier als entscheidendes Ereignis angesehen wird, eine höhere Sensibilisierung für diese euphemistische Bezeichnung in der Presse festzustellen ist. Aufgrund der Masse an Berichterstattungen in allen durchsuchten Presseergebnissen zur Lage in Afghanistan, werden im kommenden Abschnitt nur

solche besprochen werden, welche für die Untersuchung eine gewisse Relevanz besitzen. Artikel, in denen die kritisierten Euphemismen in keinsten Weise verwendet, erwähnt oder umschrieben wurden, werden nicht aufgelistet, auch wenn sie darauf kontrolliert wurden.

6.2. Journalistischer Umgang mit Euphemismen zum Afghanistan-Krieg

Bereits vor dem ersten gewählten Interview mit Jung, aber nach der Entsendung der Kampftruppen, lassen sich kritische Beiträge zur Sprachverwendung der Regierung, vornehmlich durch Verteidigungsminister Jung, finden. So berichtete der Stern im Februar 2008 auf seiner Online-Publikation über die Entsendung der entsprechenden Soldaten, wobei der zweimalig genannte *Stabilisierungseinsatz* durch Anführungsstriche deutlich gekennzeichnet wurde (vgl. Stern.de 2008). Graw schrieb in seinem Artikel in der *Welt* darüber, dass die Bundesregierung, nach einer offiziellen Anfrage der Opposition, bei den Aufgaben der entsendeten Soldaten auch von *offensiven Operationen* spreche, während Jung solche Worte nicht in den Mund nehme und bei ihm lediglich von einem *Stabilisierungseinsatz*, den der Autor als Zitat markierte, die Rede sei (vgl. Graw 2008). Damit wird verdeutlicht, dass die Regierung zwar Kampfeinsätze in Afghanistan aufgrund der offiziellen Anfrage im Bundestag bestätigen musste, gleichzeitig jedoch unberechtigterweise an der euphemistischen Bezeichnung festhält. Auch Hengst veröffentlichte Ende 2008 bei *Spiegel Online* einen Artikel mit dem Titel "Der Krieg, der nicht Krieg heißen darf" (Hengst 2008). In diesem sprachkritischen Beitrag wurde *Stabilisierungseinsatz* ebenso bei jeder Nennung durch eine Zitation deutlich erkennbar als Wortwahl Jungs markiert, wodurch sich der Autor von der Bezeichnung distanziert. Interessant ist bei dem Artikel auch, dass gleich mehrere politische Quellen genannt wurden, welche die Lage in Afghanistan als *Krieg* bezeichnen. Allerdings handelt es sich dabei – der bereits untersuchten These entsprechend – ausschließlich um Politiker, welche nicht in der Regierung sitzen. Zu dem ersten Interview mit der Frankfurter Rundschau wurden keine Artikel in den untersuchten Presseerzeugnissen gefunden, die zeitlich nah darüber berichten. Das Bemerkenswerte dabei ist, dass der im Interview von Jung geäußerte Satz rückblickend jedoch als äußerst bedeutsam angesehen wird, was zahlreiche Verweise in den kommenden Jahren belegen. So veröffentlichte

beispielsweise der Spiegel dieses in seiner Fotostrecke "Vom ‚Stabilisierungseinsatz‘ zum ‚Krieg‘" als eines von nur sechs entscheidenden Zitaten rund um die Definition Afghanistans als (k)ein Kriegsgebiet (vgl. Spiegel Online 2010).

Vor dem Luftangriff auf die Tanklaster erschienen zu dem Thema noch zahlreiche weitere Artikel in den untersuchten Zeitungen und Magazinen. Im Juli 2009 veröffentlichten der *FOCUS* und der *Stern* nach der offiziellen Bekanntgabe Jungs, dass sich hunderte deutsche Soldaten an einem offensiven Großeinsatz gegen die Taliban begeben würden (vgl. FOCUS Online 2009a; Stern.de 2009a). Jung sprach in diesem Zusammenhang noch immer von einem *Stabilisierungseinsatz*, was der *Stern* mit einem vollständigen Zitat des entsprechenden Satzes wiedergab (vgl. Stern.de 2009a). Der *FOCUS* verstärkte die kritische Wiedergabe und damit Markierung des Euphemismus dadurch, dass er diesen alleinstehend, ohne Einbezug der syntaktischen Einheit, mit einer Zitation versah (vgl. FOCUS online 2009a). Die Äußerung Jungs scheint in diesem Kontext eine erneute Debatte um die Sprachverwendung der Regierung entfacht zu haben, was unter anderem ein sprachkritischer Aufsatz von Precht im Spiegel kurz darauf zeigt (Precht 2009). In diesem beschrieb er, wieso der *Stabilisierungseinsatz* einen "Ehrenplatz im Wörterbuch der militärischen Volksverdummung" (Precht 2009) verdient habe, was die verschleiende Wirkung des Euphemismus verdeutlicht. Auch in dem Archiv der *Frankfurter Rundschau* ließ sich kein Artikel finden, in welchem der *Stabilisierungseinsatz* unreflektiert übernommen wurde. Entweder wurden die entsprechenden Stellen mit einer Zitation versehen, oder die Bezeichnung im gleichen Satz als verschleiend erläutert und der Leser damit vor der Verwendung des Begriffes gewarnt (vgl. Kröter 2009).

Der Luftangriff auf die Tanklaster bei Kunduz am 04.09.2009 führte zu einer Flut an Artikeln zum Krieg in Afghanistan, die einige Monate andauern sollte. Aufgrund der Wichtigkeit waren in allen untersuchten Presseerzeugnisse Artikel zu finden, welche noch am selben oder am folgenden Tag veröffentlicht wurden. Der *FOCUS* und die *Süddeutsche Zeitung* verwendeten dabei bei der Wiedergabe von Jungs Aussage, es handle sich nach wie vor um einen *Stabilisierungseinsatz* lediglich den Konjunktiv, wobei der Euphemismus nicht zusätzlich gekennzeichnet wurde (vgl. Süddeutsche.de 2009; FOCUS Online 2009b). Zwar handelt es sich durch die indirekte Rede nicht um die Meinung des Autors, dies ist jedoch nicht gleich ersichtlich, weshalb für eine bessere Distanz eine zusätzliche Markierung hilfreich gewesen wäre, um den Leser

auf die euphemistische Sprachverwendung aufmerksam zu machen. Die *Frankfurter Rundschau* erwähnte Jung bei der Berichterstattung zum Luftangriff mit keinem einzigen Wort, was eventuell als direkte Kritik an der euphemistischen Sprachverwendung Jungs angesehen werden kann (vgl. Möllhoff/Hebestreit 2009). In jedem Falle wurde dadurch der Umgang mit dem Euphemismus vermieden. Auch *Die Welt* verzichtete auf eine Erwähnung Jungs und bezog mit dem Titel "Taliban ziehen Bundeswehr in ihren Terror-Krieg" (Lachmann 2009) deutlich Stellung in Sachen Definition der Situation in Afghanistan. Der *Spiegel* zitierte die Aussage von Jungs Sprecher, beim Einsatz in Afghanistan handle es sich um einen "recht robusten Stabilisierungseinsatz" (Spiegel 2009a), während der *Stern* diese sogar in ihrer Wortkonstellation änderte, den sinngemäßen Satz aber trotzdem in einer Überschrift als wörtliches Zitat ausgab (Stern.de 2009b). Diese – sicherlich nicht ganz korrekte – Methode verdeutlicht, dass auf die euphemistische Sprachverwendung aufmerksam gemacht werden sollte. Auch lange Zeit später wurde das Zitat des Sprechers beispielsweise vom FOCUS in einer kritischen Sammlung von euphemistischen Aussagen bis hin zum Kriegsbegriff übernommen (vgl. FOCUS Online 2010).

Zahlreiche Beiträge folgten, in denen den Lesern die Bezeichnung *Stabilisierungseinsatz* als euphemistisch erläutert wurde, wenngleich von Euphemismen in den durchsuchten Beiträgen nie die Rede war. So schrieb der *Stern* in einer Art Antwortkatalog mit wichtigen Fragen zum Einsatz in Afghanistan über die Begriffsbestimmung, bei der die in Kapitel 5.3. besprochenen rechtlichen Konsequenzen erklärt wurden (Stern.de 2009c). Dabei wurde sowohl der *Stabilisierungs-* als auch der *Kampfeinsatz* mit Anführungsstrichen versehen und somit nicht unreflektiert übernommen. Im *FOCUS* verwendeten die Autoren Hufelschulte und Wiegold den *Stabilisierungseinsatz* zunächst zwar ohne Markierung, bezeichneten ihn dabei aber als "Illusion" (Hufelschulte/Wiegold 2009) und setzten ihn im weiteren Verlaufe bei der zweiten und letzten Nennung in Anführungsstriche. *Die Welt* veröffentlichte ebenso einen Artikel, welcher zwar keine Markierung vornahm, gleichzeitig aber schrieb, man habe die "Beruhigungssemantik" des *Stabilisierungseinsatzes* gewittert, "aber ließ sich von ihr bereitwillig beruhigen" (Welt.de 2010a). Somit wird dem aufmerksamen Leser die verschleiende Wirkung erläutert, welche anscheinend gewirkt und zu einer allgemeinen Verharmlosung der Situation in Afghanistan durch die Öffentlichkeit

geführt habe. Auch Arvid und Krempel plädierten in einem Artikel für die *Frankfurter Rundschau* für einen klareren Sprachgebrauch und verwiesen darauf, dass sich die Lage durch positivierende Bezeichnungen nicht verbessere (vgl. Arvid/Krempel 2010). Einen interessanten Artikel über den Grund für die Verwendung des Begriffes *Stabilisierungseinsatz* veröffentlichte Decker in der *Frankfurter Rundschau* (vgl. Decker 2008). In diesem begründet er die Hartnäckigkeit Jungs auch nach den jüngsten, deutlich für einen Krieg sprechenden Ereignissen von einem *Stabilisierungseinsatz* zu sprechen damit, dass die öffentliche Bezeichnung Afghanistans als Krieg für ihn ein Eingeständnis des persönlichen Versagens dargestellt hätte (vgl. Decker 2008). Denn kriegerische Umstände wurden in Afghanistan zu Beginn des Konfliktes, also zu Zeiten der Bombardements durch die USA, nicht bestritten. Wenn sich der darauffolgende *Stabilisierungseinsatz* mit deutscher Beteiligung nun wieder in einen Krieg gewandelt habe, dann würde dieser Rückschritt das Scheitern des Einsatzes und damit das Scheitern des sich verantwortlich zeichnenden Verteidigungsministers bedeuten (vgl. Decker 2008). Diese Begründung Deckers deckt sich mit der in dieser Arbeit formulierten Hauptthese, dass Regierungsmitglieder Euphemismen bewusst zur Verschleierung gegenüber der Öffentlichkeit verwenden, um den persönlichen Machterhalt zu sichern.

Es lässt sich somit zusammenfassend sagen, dass bei dieser exemplarischen Untersuchung keine unreflektierte Übernahme des Euphemismus *Stabilisierungseinsatz* durch die Presse festzustellen war. Der Begriff wurde stets nur in Zitaten verwendet, mit Anführungsstrichen markiert oder dem Leser sogar direkt als verschleiern dargestellt. Aufgrund der erforderlichen Schnelligkeit bei zu veröffentlichenden Artikeln, bei denen die inhaltliche Komponente im Vordergrund steht, wurde zumindest von der Tagespresse teilweise eine direkte Übernahme erwartet, was jedoch bei keinem einzigen der vorgestellten und darüber hinaus durchsuchten Artikel der Fall war. Durch dieses überraschende Ergebnis lässt sich somit feststellen, dass – zumindest die untersuchten – Printmedien nicht bewusst zur Verbreitung des Euphemismus *Stabilisierungseinsatz* als Bezeichnung für die Beteiligung der Bundeswehr am Krieg in Afghanistan beigetragen haben. Jedoch benötigt es weitere Untersuchungen, um zu überprüfen, wie die Rezipienten entsprechender Medien die - beispielsweise durch Anführungsstriche - markierten euphemistischen Begriffe aufnehmen. So ist es durchaus möglich, dass diese dezente

Form der Distanzierung des Autors von einigen Lesern nicht wahrgenommen wird und daher ungewollt zur Verbreitung der euphemistisch veränderten Bedeutungsübertragung durch den Politiker beiträgt.

7. Fazit und Ausblick

Diese Arbeit hat sich mit der Verwendung von Euphemismen in der politischen Sprache beschäftigt. Hierfür wurde zunächst versucht, die *politische Sprache* sowie den *Euphemismus* mithilfe der Forschungsliteratur zu bestimmen und deren Besonderheiten herauszuarbeiten. Dabei wurde festgestellt, dass es sich bei beidem um höchst komplexe sprachliche Phänomene handelt, welche ganze Bände füllen und daher in dieser Arbeit nur angerissen werden konnten. In einem theoretischen Teil wurden beide miteinander verknüpft und die Hauptthese formuliert, dass sich politische Akteure der euphemistischen Wirkung ihrer gewählten Bezeichnungen bewusst sind und sie diese gezielt zur Irreführung der Öffentlichkeit über gegebene Tatsachen verwenden, um sich selbst und die eigenen Gruppe – also Partei, Regierung und/oder Ressort – in ein besseres Licht zu rücken und somit den Machterhalt - in Form einer erneuten Wiederwahl - zu sichern. Vor der Untersuchung dieser These wurden die Listen der vergangenen zehn Jahre mit den Vorschlägen zum *Unwort des Jahres* nach Euphemismen durchsucht, um festzustellen, welche Euphemismen die Öffentlichkeit als solche wahrnimmt und kritisiert. Hierfür wurden die gefundenen Euphemismen in Themenfelder unterteilt und die wichtigsten vorgestellt. Anhand der in den Listen vertretenen Euphemismen konnte die Nebenthese dieser Arbeit, dass Euphemismen fast ausschließlich von Mitgliedern der Regierung verwendet werden, zunächst bestätigt werden. Der dabei vermutete Mechanismus geht davon aus, dass diese auf die Notwendigkeit, Finanzierbarkeit und Durchführbarkeit ihrer politischen Aktionen achten müssen und somit nicht immer den Wünschen der Bevölkerung entsprechen, weshalb sie ihre Entscheidungen mithilfe von Euphemismen gegenüber der Öffentlichkeit zu legitimieren versuchen. Es wurde jedoch aufgrund der Quellenlage die begründete Einschränkung getroffen, dass sich diese Aussage zunächst nur für *verschleiende Euphemismen* - also solche, welche gezielt manipulieren und im Gegensatz zu den *verhüllenden* nicht die Schonung der Adressaten im Vordergrund sehen - treffen

lässt. Zusätzlich darf die Art der Quelle, also die Vorschläge für das Unwort des Jahres, nicht außer Acht gelassen werden. Hierbei können unbedachte Fehlerquellen auftreten, wie beispielsweise eine niedrigere Medienwirksamkeit oppositioneller Quellen, welche eine ähnlich umfangreiche Verbreitung der möglicherweise verwendeten Euphemismen verhindert. Für eine verallgemeinerbare These benötigt es daher zusätzlicher Untersuchungen und Vergleiche oppositioneller Texte mit denen der Regierung.

Mithilfe der Ergebnisse der untersuchten Themenfelder wurde die Verteidigungspolitik als geeignetes Themenfeld für die Untersuchung der Hauptthese gewählt. Diese These der gezielten verschleiernenden Verwendung von Euphemismen durch die Regierung konnte am gewählten Beispiel der Legitimierung der militärischen Beteiligung Deutschlands in Afghanistan exemplarisch belegt werden. So wurde gezeigt, wie die ehemaligen Bundesminister der Verteidigung, Peter Struck und Franz Josef Jung, die Bezeichnung der Situation in Afghanistan als *Krieg* mithilfe von Euphemismen wie dem *Stabilisierungseinsatz* umgangen haben, obwohl dies die Realität gegenüber der Öffentlichkeit angemessen abgebildet hätte. Somit wurde nachgewiesen, dass die Euphemismen gezielt zur Verschleierung aus politischen und nicht zur Verhüllung aus gesellschaftlichen Gründen genutzt wurden. Es erfordert jedoch weitere Untersuchungen, um die These endgültig zu bestätigen, denn sowohl politische Sprache als auch Euphemismen sind – wie in dieser Arbeit dargelegt – komplexe Phänomene, welche in vielen unterschiedlichen Formen auftreten. Die Beanspruchung einer Generalisierbarkeit der These ist daher nach der Überprüfung eines einzigen Falles nicht angemessen, auch wenn diese Arbeit nach wie vor von deren Richtigkeit ausgeht.

Da im Zuge der Arbeit festgestellt wurde, dass den Medien bei der Verbreitung von Euphemismen eine wichtige Rolle zukommt, wurde im letzten Teil dieser Arbeit untersucht, wie große Presseerzeugnisse mit Euphemismen in politischen Aussagen umgehen. Dabei sollte herausgearbeitet werden, ob eine einfache Übernahme erfolgt oder ob eine Distanzierung des Autors mithilfe von Markierungen oder gar Kritik verdeutlicht wird. Das hierfür gewählte exemplarische Beispiel der Bezeichnung des Krieges in Afghanistan als *Stabilisierungseinsatz* hat gezeigt, dass die Presse mit politischen Euphemismen überraschend reflektiert umgeht. Bei der Untersuchung konnten keine bloßen Übernahmen des *Stabilisierungseinsatzes* gefunden werden. Unklar ist jedoch, ob die vom Autor vermittelte Distanz von allen Lesern als solche

wahrgenommen wird, oder ob selbst die Markierung durch Anführungsstriche bei der Öffentlichkeit zur vom Politiker intendierten verschleiernenden Bedeutungsübernahme führt. Hierfür müsste zunächst eine genauere Betrachtung erfolgen. Ebenso wäre eine Verknüpfung der Anzahl an Einsendungen eines bestimmten Euphemismus als Vorschlag zum Unwort des Jahres und der Übernahme durch die Presse denkbar, um so in einer Untersuchung festzustellen, ob eine Korrelation zwischen beiden Faktoren besteht. So wurde der untersuchte *Stabilisierungseinsatz* trotz seiner hohen – wie die Untersuchung gezeigt hat, durchaus kritischen – Replikation durch die Medien mit knapp einer Handvoll Einsendungen verhältnismäßig selten eingesendet. Liegt dies an der belegten kritischen Wiedergabe durch die Medien? Doch wenn in den Medien verstärkt auf die euphemistische Wirkung aufmerksam gemacht wurde, wieso gab es dann nicht mehr Einsendungen von dadurch aufgeklärten Lesern? Mehrere Mechanismen sind hier denkbar und müssten in einer umfangreichen Analyse mit einer größeren Zahl an Euphemismen untersucht werden, um generalisierbare Aussagen über die Art und Weise treffen zu können, wie genau die Medien die öffentliche Wahrnehmung von Euphemismen beeinflussen. Dabei müsste auch die Rolle der Rundfunkmedien genauer betrachtet werden, da diese bei der Wiedergabe von Aussagen nur über begrenzte Möglichkeiten verfügt, beispielsweise die Intonation, um Euphemismen als solche kenntlich zu machen.

Somit konnte diese Arbeit zwar nicht alle Fragen zum Phänomen der Euphemismen in politischer Sprache beantworten, dafür aber durch die Verknüpfung mit der öffentlichen Wahrnehmung, welche in dieser Form noch nicht durchgeführt wurde, erste Befunde und neue Anreize für weitere Untersuchungen liefern.

8. Literaturverzeichnis

8.1. Primärquellen

Bell, Arvid / Krempel, Jörg (2010): Gefahren klar benennen. In: Frankfurter Rundschau Online, abrufbar unter: <http://www.fr-online.de/einsatz-in-afghanistan/gastbeitrag-zu-afghanistan-gefahren-klar-benennen,1477334,2678452.html> [Stand: 01.07.2013].

Bundesministerium der Verteidigung (2002): Pressekonferenz mit Minister Struck zur Weiterentwicklung der Bundeswehr. Abrufbar unter: http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NY3BCsIwEET_KGkOFetNUUEPetR6KWmypItNUjabevHjTYXOwBzmDYx8yeKgZ3SaMQY9yqdsDe76j-j97ITHgImBMHvhIJBzcDQ_dkMxIAWXQ4urcMuAXKnmroWliYoTWL K5i0fy5MFYWIAxpIhMJZ0pDmSmCLx_uJBMVIhAK9tKHQ-Vqlap72bbXk9NqS63811O3u9_-L2Ycw!!/ [Stand: 01.07.2013].

Bundesministerium der Verteidigung (2003): Rede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Peter Struck, an der Führungsakademie der Bundeswehr am 27. Mai 2003 in Hamburg. Abrufbar unter: http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NY0xC8IwFIT_UdKIFepmcXHo5GDrUmLySB82SX15qYs_3lToHdxw38HJpywOekWnGWPQs-zlYPD8-oiXX53wGDAxEGYvHCQzoZkYxj9bgRjQosvBpX04JkAeVVPXwtICpUIM2bzly3uyIEwMwFsyBmaSjjRHEksknjeSiQoRaOVQqWtbqWqX-p6OfdN2dXXoutdL5ffjTURkw!/ [Stand: 01.07.2013].

Decker, Martin (2009): Das große Wort. Krieg oder nicht? In: Frankfurter Rundschau Online, abrufbar unter: <http://www.fr-online.de/politik/das-grosse-wort-krieg-oder-nicht-,1472596,3128000.html> [Stand: 01.07.2013].

FAZ (2010): Bundeswehr-Einsatz. Westerwelle: "Bewaffneter Konflikt" in Afghanistan. Abrufbar unter:

<http://www.faz.net/aktuell/politik/bundeswehr-einsatz-westerwelle-bewaffneter-konflikt-in-afghanistan-1939970.html> [Stand: 01.07.2013].

FOCUS Online (2009a): Deutscher Afghanistan-Einsatz eskaliert. Abrufbar unter: http://www.focus.de/politik/ausland/konflikte-deutscher-afghanistan-einsatz-eskaliert_aid_419306.html [Stand: 01.07.2013].

FOCUS Online (2009b): Jung rechtfertigt Luftangriff. Abrufbar unter: http://www.focus.de/politik/ausland/afghanistan-jung-rechtfertigt-luftangriff_aid_432887.html [Stand: 01.07.2013].

FOCUS Online (2010): Zitate: Vom "Stabilisierungseinsatz" zum "Krieg". Abrufbar unter: http://www.focus.de/politik/ausland/konflikte-zitate-vom-und132stabilisierungseinsatzund147-zum-und132kriegund147_aid_501270.html [Stand: 01.07.2013].

Friedmann, Jan / Hengst, Björn (2007): Tornado-Debatte: Einsatz im Kampfgebiet, aber kein Kampfeinsatz. In: Spiegel Online. Abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/tornado-debatte-einsatz-im-kampfgebiet-aber-kein-kampfeinsatz-a-465256.html> [Stand: 01.07.2013].

Graw, Ansgar (2008): "Offensive Operationen" in Afghanistan. In: Welt.de, abrufbar unter: http://www.welt.de/welt_print/article1763804/Offensive-Operationen-in-Afghanistan.html [Stand: 01.07.2013].

Guttenberg, Karl-Theodor zu (2010): Pressekonferenz des Ministers zu den Gefechten bei Kunduz. In: BMVG.de: "Krieg" in Afghanistan (Sprechertext). Abrufbar unter: http://www.bmvg.de/portal/a/bmvg/!ut/p/c4/NYs7DsIwEAVvtBsTckQXhCLRkApB6BzbMiv5Ey0b03B47II30jSjh0-sJF3Ia6GcdMAHzoaOyweWWDzELQhFZ0lDIeuyZvOiApESvcUx3tvfOjA5OWkWI4SqPWvJDGtmCa1szLUAWZw7dT51qvtPfQ_7YexvatdfuOEa4zDD0dkZ_YQ!/ [Stand: 01.07.2013].

Hebestreit, Steffen / Kröter, Thomas (2009): Interview mit Franz Josef Jung: "In Afghanistan ist kein Krieg". In: Frankfurter Rundschau Online, abrufbar unter: <http://www.fr-online.de/einsatz-in-afghanistan/interview-mit-franz-josef-jung--in-afghanistan-ist-kein-krieg-,1477334,2833894.html> [Stand: 01.07.2013].

Hufelschulte, Josef / Wiegold, Thomas (2009): Ganz legal töten. In: FOCUS Online. Abrufbar unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/bundeswehr-ganz-legal-toeten_aid_464058.html [Stand: 01.07.2013].

Hengst, Björn (2008): Gefallen in Afghanistan: Der Krieg, der nicht Krieg heißen darf. In: Spiegel Online, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/gefallen-in-afghanistan-der-krieg-der-nicht-krieg-heissen-darf-a-586423.html> [Stand: 01.07.2013].

iCasualties.org (2013): Coalition Military Fatalities By Year and Month. Abrufbar unter: <http://icasualties.org/OEF/index.aspx> [Stand: 01.07.2013].

Kröter, Thomas (2009): Franz-Josef Jung. Der Stolze Minister. In: Frankfurter Rundschau Online, abrufbar unter: <http://www.fr-online.de/einsatz-in-afghanistan/franz-josef-jung-der-stolze-minister,1477334,2824880.html> [Stand: 01.07.2013].

Lachmann, Günther (2009): Luftangriff in Kunduz. Taliban ziehen Bundeswehr in ihren Terror-Krieg. In: Welt.de, abrufbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article4461819/Taliban-ziehen-Bundeswehr-in-ihren-Terror-Krieg.html> [Stand: 01.07.2013].

Möllhoff, Christine / Hebestreit, Steffen (2009): Bombardement auf Bundeswehrbefehl. Viele Tote, viele Fragen. In: Frankfurter Rundschau Online, abrufbar unter: <http://www.fr-online.de/einsatz-in-afghanistan/bombardement-auf-bundeswehrbefehl-viele-tote--viele-fragen,1477334,2788428.html> [Stand: 01.07.2013].

Precht, Richard David (2009): Feigheit vor dem Volk. In: Spiegel Online, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-66284736.html>
[Stand: 01.07.2009]

Spiegel Online (2007): Vorratsdatenspeicherung: "Ein Schritt in Richtung Überwachung". Abrufbar unter:
<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/vorratsdatenspeicherung-ein-schritt-in-richtung-ueberwachung-a-515081.html> [Stand: 01.07.2013].

Spiegel Online (2009a): Tote in Afghanistan: Uno fordert Ermittlungen zum Luftangriff auf Tanklaster. Abrufbar unter:
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/tote-in-afghanistan-uno-fordert-ermittlungen-zu-luftangriff-auf-tanklaster-a-646998.html>
[Stand: 01.07.2013].

Spiegel Online (2009b): Einsatz am Hindukusch: Große Koalition sucht nach Afghanistan-Ausweg. Abrufbar unter:
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/einsatz-am-hindukusch-grosse-koalition-sucht-nach-afghanistan-ausweg-a-647720.html>
[Stand: 01.07.2013].

Spiegel Online (2010): Afghanistan: Vom "Stabilisierungseinsatz" zum "Krieg". Abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/fotostrecke/afghanistan-vom-stabilisierungseinsatz-zum-krieg-fotostrecke-53549.html>
[Stand: 01.07.2013].

Stern.de (2008): Kampfeinsatz zur Selbstverteidigung. Abrufbar unter: <http://www.stern.de/politik/deutschland/afghanistan-kampfeinsatz-zur-selbstverteidigung-610118.html> [Stand: 01.07.2013].

Stern.de (2009a): 300 Deutsche im Großeinsatz gegen die Taliban. Abrufbar unter: <http://www.stern.de/politik/ausland/afghanistan-300-deutsche-im-grosseinsatz-gegen-die-taliban-706882.html> [Stand: 01.07.2013].

Stern.de (2009b): Bundeswehr löst erstmals Luftangriff auf Taliban aus. Abrufbar unter: <http://www.stern.de/politik/ausland/afghanistan-bundeswehr-loest-erstmals-luftangriff-auf-taliban-aus-1507133.html> [Stand: 01.07.2013].

Stern.de (2009c): Einsatz am Hindukusch. Darum ist die Bundeswehr in Afghanistan. Abrufbar unter: <http://www.stern.de/politik/deutschland/einsatz-am-hindukusch-darum-ist-die-bundeswehr-in-afghanistan-1508110.html> [Stand: 01.07.2013].

Stern.de (2010): Afghanistan Einsatz: Gutenberg nimmt K-Wort in den Mund. Abrufbar unter: <http://www.stern.de/politik/deutschland/afghanistan-einsatz-gutenberg-nimmt-k-wort-in-den-mund-1556004.html> [Stand: 01.07.2013].

Süddeutsche.de (2009): Nach Luftangriffen in Afghanistan. Taliban greifen deutsche Soldaten an. Abrufbar unter: <http://sz.de/1.37264> [Stand: 01.07.2013].

Welt.de (2010a): Deutsche Schriftsteller entdecken den neuen Krieg. Abrufbar unter: <http://www.welt.de/kultur/article9651436/Deutsche-Schriftsteller-entdecken-den-neuen-Krieg.html> [Stand: 01.07.2013].

Welt.de (2010b): Demonstrant bleibt auf einem Auge blind. Abrufbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article10267909/Demonstrant-bleibt-auf-einem-Auge-blind.html> [Stand: 01.07.2013].

Wolf, Fritz (2008): TV-Tagebuch. Eine Kapitulation. In: Frankfurter Rundschau Online, abrufbar unter: <http://www.fr-online.de/medien/tv-tagebuch-eine-kapitulation,1473342,3205354.html> [Stand: 01.07.2013].

8.2. Forschungsliteratur

Bergsdorf, Wolfgang (1996): Wiedervereinigung der Sprache. In: Böke, Karin / Jung, Matthias / Wengeler, Martin (Hrsg.): Öffentlicher Sprachgebrauch. Praktische, theoretische und historische Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 24-37.

Burkhardt, Armin (1998): Deutsche Sprachgeschichte und politische Geschichte. In: Besch, Werner (Hrsg.): Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung. 2., vollständig neu bearbeitete und erweiterte Auflage. 1. Teilband. Berlin: de Gruyter, S. 98-122.

Burkhardt, Armin (2003): Verunklärungsarbeit. Sprachliche Techniken der Schuldverschleierung im Rahmen des CDU-Parteispendenskandals. In: Burkhardt, Armin / Pape, Kornelia (Hrsg.): Politik, Sprache und Glaubwürdigkeit. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag/GWV Fachverlag, S. 104-119.

Burkhardt, Armin (2004): Vom Schlagwort über die Tropen zum Sprechakt. Begriffe und Methoden der Analyse politischer Sprache und ihres geschichtlichen Wandels. Abrufbar unter: http://files.cjd-sts.de/referate/2004_ms_burkhardt.pdf [Stand: 01.07.2013].

Duden (2011): Deutsches Universalwörterbuch. 6., überarbeitete und erweiterte Auflage. Mannheim u.a: Dudenverlag.

Enzensberger, Hans Magnus (1964): Journalismus als Eiertanz. Beschreibung einer Allgemeinen Zeitung für Deutschland. In: Enzensberger, Hans Magnus: Einzelheiten I. Bewußtseins-Industrie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 18-73.

Girnth, Heiko / Spieß, Constanze (2006): Dimensionen öffentlich-politischen Sprechhandelns. In: Girnth, Heiko / Spieß, Constanze (Hrsg.): Strategien

- politischer Kommunikation. Pragmatische Analysen. Berlin: Erich Schmidt Verlag, S. 7-16.
- Harras, Gisela (1989): Kultur und Bildung. In: Strauß, Gerhard / Haß, Ulrike / Harras, Gisela: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Schriften des Instituts für deutsche Sprache Band 2. Berlin/New York: de Gruyter, S. 559-732.
- Havryliv, Oksana (2009): Verbale Aggression. Schriften zur deutschen Sprache in Österreich, Band. 39. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Hoberg, Rudolf (1996): Linguistik für die Öffentlichkeit: Wörter und Unwörter des Jahres. In: Böke, Karin / Jung, Matthias / Wengeler, Martin (Hrsg.): Öffentlicher Sprachgebrauch. Praktische, theoretische und historische Perspektiven. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 90-98.
- Janich, Nina (2010): Werbesprache. Ein Arbeitsbuch. 5., erweiterte Auflage. Tübingen: Narr Francke Attempto Verlag.
- Kilian, Jörg (2008): Verborgene Weltansichten entdecken - Zur Konzeption einer kritischen Semantik assoziativ-semantischer Stereotype aus sprachwissenschaftlicher, sprachphilosophischer und sprachdidaktischer Sicht. Zugleich eine linguistisch begründete Kritik politisch korrekter Sprachkritik. In: Pappert, Steffen / Schröter, Melanie / Fix, Ulla (Hrsg.): Verschlüsseln, Verbergen, Verdecken in öffentlicher und institutioneller Kommunikation. Berlin: Erich Schmidt Verlag, S. 49-68.
- Kluge Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache (2002): 24., durchgesehene und erweiterte Auflage. Bearbeitet von Elmar Seebold. Berlin: de Gruyter.
- Knapp, Hans Martin (1992): Sprache zwischen Diktatur und Demokratie: Euphemistische Strategien im spanischen Demokratisierungsprozess 1972-1982. Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang.

- Leinfellner, Elisabeth (1971): Der Euphemismus in der politischen Sprache. Berlin: Duncker & Humblot.
- Luchtenberg, Sigrid (1985): Euphemismen im heutigen Deutsch. Mit einem Beitrag zu Deutsch als Fremdsprache. Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang.
- Patzelt, Werner J. (2003): Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung. 5., erneut überarbeitete und wesentlich erweiterte Auflage. Passau: Rothe.
- Pilz, Frank / Ortwein, Heike (2008): Das politische System Deutschlands. Systemintegrierende Einführung in das Regierungs-, Wirtschafts- und Sozialsystem. 4. Auflage. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Pinker, Steven (2003): Das unbeschriebene Blatt. Die moderne Leugnung der menschlichen Natur. Aus dem Amerikanischen von Hainer Kober. Berlin: Berlin-Verlag.
- Plitsch, Alexander (2008): Jenseits von Partei-Ideologien. Der Sprachgebrauch im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Hamburg: Diplomica-Verlag.
- Polenz, Peter von (1999): Deutsche Sprachgeschichte. Vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Band III: 19. Und 20. Jahrhundert. Berlin: de Gruyter.
- Rada, Roberta (2001): Tabus und Euphemismen in der deutschen Gegenwartssprache. Mit besonderer Berücksichtigung der Eigenschaften von Euphemismen. Budapest: Akadémiai Kiadó.
- Sandkühler, Gunnar (2008): Die sprachpolitische und juristische Auseinandersetzung: Historische und politische Grundlagen der Political Correctness in der frühen Bundesrepublik. In: Hölscher, Lucian (Hrsg.): Political Correctness. Der sprachpolitische Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen. Göttingen: Wallstein, S. 18-59.

- Schlosser, Horst Dieter (1996): Sprachkritik als Problemgeschichte der Gegenwart.
In: Böke, Karin / Jung, Matthias / Wengeler, Martin (Hrsg.): Öffentlicher Sprachgebrauch. Praktische, theoretische und historische Perspektiven.
Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 99-109
- Schröter, Melani / Carius, Björn (2009): Vom politischen Gebrauch der Sprache.
Wort, Text, Diskurs. Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Spieß, Constanze (2011): Diskurshandlungen. Theorie und Methode linguistischer Diskursanalyse am Beispiel der Bioethikdebatte. Berlin: de Gruyter.
- Straßner, Erich (1987): Ideologie - Sprache - Politik: Grundfragen ihres Zusammenhangs. Tübingen: Niemeyer.
- Strauß, Gerhard (1989): Politik und Ideologie. In: Strauß, Gerhard / Haß, Ulrike / Harras, Gisela: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Schriften des Instituts für deutsche Sprache Band 2. Berlin/New York: de Gruyter, S. 25-394.
- Wierlemann, Sabine (2002): Political Correctness in den USA und in Deutschland. Berlin: Erich Schmidt Verlag.
- Zöllner, Nicole (1997): Der Euphemismus im alltäglichen und politischen Sprachgebrauch des Englischen. Frankfurt a.M.: Peter Lang.

9. Eidesstattliche Versicherung

Ich versichere hiermit, dass ich die Arbeit selbstständig verfasst, keine anderen, als die angegebenen Hilfsmittel verwandt und die Stellen, die anderen benutzten Druck- und digitalisierten Werken im Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, mit Quellenangaben kenntlich gemacht habe.

Ort, Datum

/
Unterschrift